

Das Abonnement

auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen

nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zusätze

1½ Sgr. für die fünfgepalte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 12. September. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Allerhöchstem Generaladjutanten, dem General-Lieutenant Freiherrn v. Mantuffel, Oberbefehlshaber der Mainarmee, den Orden pour le mérite zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, den 11. Sept. Das heutige „Dresdener Journal“ sagt: Die Friedensverhandlungen mit Sachsen haben zwar in Berlin begonnen, doch sind authentische Nachrichten über den Gang derselben nicht eingetroffen. Die in den Zeitungen hierüber befindlichen Berichte beruhen lediglich auf Vermuthungen und sind mit Vorsicht aufzunehmen.

Pomestoft, 10. Sept. Das von Reuter's Telegraph-Company zur Herstellung einer Verbindung mit Hannover angefertigte Telegraphen-Kabel wurde gestern Abend hier gelandet. Die Legung des Kabels wurde alsbald in Angriff genommen und hat guten Fortgang. Die Signale sind deutlich.

Paris, 11. Sept. Die „Patrie“ konstatiert die Nothwendigkeit einer schnellen Lösung der Fürstenthümerfrage durch Anerkennung des Fürsten Karl als ernannten Souverän Rumäniens. Die von der Pforte für die Anerkennung gestellten Bedingungen seien unannehmbar. Es sei nothwendig, daß eine Transaktion zu Stande komme, welche bei Aufrechterhaltung der Souveränität der Pforte den Prinzen Karl als erwählten Souverän anerkennt. Dies würde den Schatten der orientalischen Frage, welcher über Europa schwebt, verschwinden machen; denn es könnten sich die Ereignisse auf Kandia mit serbischen und montenegrinischen Agitationen compliciren. Europa bedürfe der Lösung. Wenn dieselbe zu lange verzögert würde, so würde nichts mehr das Zaudern der Grobmächte rechtfertigen, mit der Anerkennung des Fürsten Karl als Souverän Rumäniens vorzugehen.

Wie die „Patrie“ ferner schreibt, würden verschiedene auf die Reorganisation des Heeres bezügliche Fragen einer Specialkommission übergeben werden, welche beauftragt sei einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, mit dem sich der gesetzgebende Körper in der nächsten Session zu beschäftigen hätte.

General Castelnau, Flügeladjutant des Kaisers, reist morgen in besonderer Mission von Nazaire ab, um dem Kaiser Maximilian einen eigenhändigen Brief des Kaisers zu überbringen.

Konstantinopel, 11. Sept. Die Zahlung der Oktober- und Januar-Coupons ist durch ein Arrangement mit der Société générale und mit der ottomanischen Bank gesichert. Savfet Pascha soll zum Großbezir, Cabuly Pascha zum Handelsminister und Halil Pascha zum Großmeister der Artillerie ernannt werden.

Der bisherige französische Botschafter Marquis de Moustier hat den Osmanie-Orden in Brillanten erhalten.

Nach Kandia und Samos sind Verstärkungen abgegangen. Eine amerikanische Kriegsschiffe ist hier angekommen.

Deutschland.

Preußen. — Berlin, 11. September. [Verhandlungen mit Ruß und Sachsen; orientalische Frage; Schleswig-Holsteinsche Wahlen; aus dem Herrenhause.] Die Verhandlungen mit den norddeutschen Staaten sind einen bedeutenden Schritt vorwärts gegangen: jetzt wird auch mit Ruß u. L. verhandelt; über die Räumung des Königleins steht aber noch nichts fest.

Die orientalische Frage tritt jetzt wieder auf eine bedrohliche Weise in den Vordergrund; der Aufstand in Kandia nimmt größere Dimensionen an, so daß es nicht scheint, als ob die Pforte ihn werde ohne Beistand unterdrücken können. Er findet nämlich so bedeutende Sympathien in Griechenland, daß sich die Bewegung auch auf das Festland übertragen hat, was sich leicht begreifen läßt, wenn man bedenkt, wie lebhaften Antheil die Kandioten an dem griechischen Freiheitskriege genommen und daß sie sogar eine kleine Festung noch nach Beendigung desselben besetzt gehalten, welche sie erst in Folge des Londoner Protokolls ausgeliefert haben. Daß übrigens beim damaligen Frieden Kandia nicht zu dem Königreich Griechenland geschlagen worden, bildete mit Recht eine Hauptbeschwerde des jungen Königreichs, da nur eine geringe Zahl der Bewohner Türken sind, die Mehrzahl Griechen und Christen. Die Sympathien, welche die Bewegung im Königreiche findet, scheinen so lebhaft, daß möglicherweise die griechische Regierung in ihrer Schwäche sich zu Schritten veranlassen könnte, welche den Frieden mit der Pforte stören möchten und daher eben wird die orientalische Frage so bedeutend. Auch auf Epirus sind Unruhen ausgebrochen, die Bewohner von Samos verlangen einen heimischen Fürsten und auch in Bosnien und den Donaufürstenthümern wird es unruhig, so daß die Regierung hier der Sache mit großer Aufmerksamkeit folgt.

In Schleswig-Holstein sind die Vorbereitungen zu den Wahlen für das Parlament beendet und werden dieselben wohl nun in nächster Zeit vorgenommen werden.

Wie die Zeitungen schon gemeldet, ist die gestrige Verhandlung im Herrenhause über die Annexions-Vorlage durch die wunderliche Episode eines Protestes eines zu gleicher Zeit hannoverschen und preussischen Staatsangehörigen, des Herrn von dem Busche, eingeleitet worden. Derselbe war durchaus ungehörig, und hat ein anderes Mitglied auch den Standpunkt klar dargelegt. Der Protest war nicht legitimirt und nicht an die rechte Adresse gerichtet, er ging von Herrn v. d. Busche als hannoverschem Staatsangehörigen aus, als solcher war der Herr aber nicht legitimirt, sondern nur als Mitglied des preussischen Herrenhauses hatte er sich, wenn auch protestirend, an der Debatte zu betheiligen und als Preuße die Verhältnisse zu erörtern, welche für oder gegen die Vorlage sprachen. Und die Adresse ist falsch, weil er als Hannoveraner nichts

mit dem preussischen Herrenhause zu thun hat. Außerdem beschließt dasselbe ja nicht die Annexion, die ein Akt des Souveräns ist, die Versammlung beschließt nur über die verfassungsmäßige Auflegung an den bisherigen Staatsorganismus und mit dieser Frage hat der Hannoveraner nichts zu thun.

¶ Berlin, 11. September. Mit großem Nachdruck tritt heute wieder in Abgeordnetenkreisen das Gerücht von baldigster Vertagung des Landtages auf. Thatsächlich hegt die Regierung den Wunsch, die Vertagung gegen den 20. d. M. eintreten zu lassen, allein es muß ihr daran gelegen sein, vorher die Gesetze über Schleswig-Holstein, über die Darlehnskassen und über die Aufhebung des beschränkten Zinsfußes in beiden Häusern zur endgültigen Beschlußnahme zu bringen. Ist dies erreicht, so liegt es in der Absicht bei beiden Häusern eine längere Vertagung als auf 30 Tage, etwa auf 6 Wochen, zu beantragen und nach der Stimmung im Abgeordnetenhaus würde dort ein solcher Antrag sicher angenommen werden. Es soll dann der Wiederbeginn der Session etwa in der ersten Novemberwoche erfolgen und die Session im Januar oder Februar schließen. Auch das Norddeutsche Parlament soll im Abgeordnetenhaus arbeiten.

Der Minister des Innern hat jetzt Anweisung erteilt, den Saal für die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses erheblich erweitern und so einrichten zu lassen, daß auch die Vertreter der Bevölkerungen in den neu erworbenen Landestheilen Platz finden. Im Saale befinden sich jetzt 375 Plätze und sollen nunmehr 435 Sitze eingerichtet werden. Zu diesem Behufe soll eine Wand des Saales, und zwar diejenige, welche dem Eingange gegenüber liegt, herausgenommen und zur Verlängerung des Saales ein Anbau ausgeführt werden. Vorläufig werden die Aufnahmen zur Ausführung dieses Projekts gemacht. Der Anschlag weist einen Kostenanwand von 30,000 Thlr. nach, doch ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Der Bau würde nach dem Schluß dieser Session, also im nächsten Frühjahr begonnen werden.

Bekanntlich hat sich eine Deputation aus Nassau nach Berlin gegeben, um gegen die Ueberweisung des nassauischen Domänen-Fonds an den Ex-Herzog zu petitioniren. Die Deputation, an deren Spitze der bekannte Nationalökonom Dr. Braun steht, sollte heute von dem Ministerpräsidenten und morgen von Sr. Maj. dem Könige empfangen werden. Vielfach ist bereits Verwendung zu Gunsten des Ex-Herzogs eingetreten, doch bleibt es zweifelhaft, ob nicht die Wünsche der Deputation im Interesse des neu erworbenen Landestheiles durchdringen, da es sich um die Summe von 80,000,000 Gulden, 53,333,333 Thlr., handelt.

— Dem Vernehmen nach hat Se. Majestät der König die Einladung zu dem Festmahle, welches die Stadt dem Könige, den königl. Prinzen und der Armee am 22. d. Mts. in der städtischen Turnhalle zu geben beabsichtigt, angenommen.

— Alle Mittheilungen über die Reise-Intentionen Sr. Maj. des Königs sind, wie der Sp. Ztg. an betreffender Stelle mitgetheilt wird, mindestens verfrüht. Erst nach dem Schluß der Einzugsfeierlichkeiten dürfte von den darauf bezüglichen Dispositionen die Rede sein.

— Dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck ist, wie die „Weim. Ztg.“ mittheilt, von dem Großherzoge von Sachsen-Weimar das Großkreuz des Großherzogth. Hausordens der Wachsamkeit (Weißer Falke) verliehen worden.

— Der französische Gesandte in Florenz, Herr v. Malaret, ist, wie mehrere Blätter melden, zum Nachfolger des französischen Botschafters, Herrn Benedetti, am hiesigen Hofe ernannt worden.

— Die Nachricht verschiedener Blätter, daß eine Amnestie bereits bei der Einholung der Truppen am 20. und 21. d. M. erlassen werden wird, glaubt die „N. Pr. Z.“ bezweifeln zu dürfen, indem bisher allerdings zwar Pläne, aber noch keine Beschlüsse vorliegen. Dagegen glaubt dieselbe annehmen zu dürfen, daß die Amnestie sich keineswegs nur auf Militär-Personen, sondern auch auf Civilisten erstrecken wird.

— In Bezug auf die bevorstehende Vermehrung der Armee hört die „N. Pr. Ztg.“, daß dieselbe in Betreff der Infanterie sich nach Maßgabe der neu acquirirten Landestheile verhalten, in Betreff der Kavallerie aber in der Weise stattfinden wird, daß die neuen Regimenter sich durch Zusammenlegung der 5. Eskadronen der bereits bestehenden bilden werden.

— In Folge einer Allerhöchsten Kabinettsordre werden die vierten Bataillone der Infanterie-Regimenter aufgelöst und die Mannschaften, welche nicht zur Entlassung kommen, den betreffenden Ersatzbataillonen überwiesen.

— Die seit vier Jahren vertagte Revision der Baugesetzgebung wird vermuthlich wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Revision ist hier um so nothwendiger, als noch erst ganz vor Kurzem in einzelnen Bezirken jene veralteten, aber immer noch zu Recht bestehenden Bau- und Reisevorschriften von 1817 in Erinnerung gebracht worden sind. Für die reisenden Handwerks-Gehilfen bestehen namentlich noch allerlei lästige Bestimmungen.

— Bis vorgestern war mit Sachsen, wie der „N. Z.“ versichert wird, noch nichts zu Stande gekommen. Sachsens Bestreben geht dahin, daß es wenigstens dieselbe Stellung, wie die andern Mitglieder des norddeutschen Bundes, erhalte. Abgesehen von der preussischen Besetzung der festen Punkte in Sachsen, wird die Angelegenheit des Fahnenreides die meiste Schwierigkeit bieten.

— Nach den bis jetzt ergangenen Bestimmungen wird die preussische Besetzung innerhalb des Königreichs Sachsen 15,000 Mann betragen; doch steht eine Vermehrung wohl noch in Aussicht. Die Truppeneinzüge erfolgen jetzt in die einzelnen Städte des Landes nach dem bereits in Brunn vor dem Frieden festgestellten Marschtableau.

Grafenort, 8. September. Aus eigener Anschauung kann ich Ihnen nur versichern, daß der Rückmarsch unserer Truppen auf heimischem Boden einem wahren Triumphzuge gleicht. Sie wandeln im

wahren Sinne des Wortes unter Blumen dahin. Die ganze Strecke zwischen Mittelwalde und Habelschwerdt, und weiter hinaus bis Glatz ist mit Guirlanden hundertfach überwölbt; kein Dorf, ja kein einzeln stehendes Gasthaus, keine Chausseestelle erglänzt ohne üppigen Schmuck von Kränzen. Man möchte sich beinahe wundern, daß die Blumen, welche nur zum kleinsten Theil die Wiesen hergeben, zureichen, um diese Hunderte von Ehrenpforten zu schmücken. Nicht genug damit: Ueberall stehen die Dorfbewohner auf der Straße und überreichen den vorüberziehenden Kriegern duftende Sträußchen. Statt der Bajonnettspitzen starrt bei den Soldaten ein Wald von Blumen den Städtern im Vorbeimarsch entgegen. Auch Habelschwerdt hat gestern die heimkehrenden Sieger festlich empfangen. Der wackere Bürgermeister Schaffer hatte alle Arrangements vorzüglich getroffen. Wie wir hörten, fehlte es an weißgekleideten Mädchen auch nicht. Die meisten Truppen waren gestern in der Gegend von Habelschwerdt: in Grafenort, Eisersdorf, Kengersdorf u. untergebracht. In Grafenort lagen das Generalkommando des 6. Armeekorps, das Feldpostamt des 6. Armeekorps, die Korpsstriegasse und einige Truppenabtheilungen, und waren zum größten Theile im herrschaftlichen Schlosse untergebracht, dessen Besitzer der in neuerer Zeit vielfach genannte Graf Herberstein ist.

Wir wir hören, hat gestern der Einmarsch des 22. Regiments in Glatz in der feierlichsten Weise stattgefunden. Es wurden die Kanonen gelöst, der Bürgermeister Stufschke hielt eine sehr treffende Ansprache und weißgekleidete Jungfrauen überschütteten die Truppen mit Blumen. Am grünen Thore, wo die Truppen einzogen, sind schöne Flaggenbäume mit schwarz-weißen Fahnen massenhaft aufgestellt. Auch in Glatz ist jedes Haus mit Guirlanden geschmückt, unzählige Fahnen wehen von allen Fenstern und es herrscht ein reges, festliches Treiben auf den Straßen. Heute früh um 9 Uhr passirte der Regimentsstab, Oberst Paris, dessen Helm bekanntlich von einer Kugel bei Königgrätz durchlöchert wurde, ohne seinen Träger zu verletzen, und das 1. Bataillon des 4. Niederschlesischen Infanterie-Regts. Nr. 51 hier durch. Um Mittag rückte das bisher in Neisse zur Besatzung verwendete Glatzer Landwehrbataillon des 11. Regiments hier ein und wurde natürlich, da es zum größten Theile aus Glatzer Kindern besteht, von der Bevölkerung enthusiastisch empfangen. Die weißgekleideten Jungfrauen schritten dem Bataillon, vor ihm mit Guirlanden eine lebendige Chaine bildend, bis auf den Markt unter den Klängen der Regimentsmusik des 22. Regiments voran. (Bresl. Z.)

Thorn, 10. September. Aus Strassburg in Westpreußen ist hier die Nachricht von einem Vorfall eingegangen, welcher allgemeines Bedauern erregt. Der im Strassburger Kreise angelegene Gutsbesitzer Meyer war als Landwehr-Lieutenant zur Dienstleistung bei dem Ersatz-Bataillon des 44. Inf.-Regts. eingezogen, vor einigen Tagen nahm er auf kurze Zeit Urlaub und fuhr nach seinem Gute.

Dort besuchte ihn sein Schwiegervater, Gutsbesitzer Tottleben, mit dem er angeblich wegen Geldverhältnisse in Zwist kam. Tottleben ergriff ein Gewehr und tödtete seinen Schwiegersohn durch einen Schuß.

Meyer stand hier durch sein lebenswürdiges und ruhiges Benehmen in Achtung, sein unglückliches Ende hat allgemeine Theilnahme erregt. Noch mehr aber wird seine Frau bedauert, die so plötzlich und so entsetzlicher Weise des Gatten und des Vaters beraubt ist. (Bromb. Ztg.)

Hannover. Emden, 8. September. In Folge der gestern Abend eingelaufenen Nachricht, daß das Abgeordnetenhaus die Annexionsvorlage mit überwiegender Majorität angenommen, kleidete sich heute früh unsere Stadt in einen Flaggenerschmuck, wie wir solchen seit langen Jahren nicht gekannt. Früh 5 Uhr wurde auf unserem altherwürdigen Rathhause die preussische Flagge gehißt, bald folgte Fahne auf Fahne, und jetzt stehen fast alle Häuser in schönstem Schmuck. Die meisten Kirchthürme, so wie sämtliche Mühlen tragen die schwarz-weiße Farbe an ihrer Spitze, ein Beweis, wie freudig erregt hier die Einwohnerschaft diese bedeutungsvolle Nachricht aufgenommen. (Distr. Ztg.)

Sachsen. Dresden, 9. Sept. Es heißt, daß König Johann den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Preußen habe in Berlin beantragen lassen. (Köln. Z.)

Dresden, 10. Sept. Die neuen Befestigungsarbeiten werden mit aller Energie betrieben. Der Schanzengürtel auf dem rechten Elbufer enthält 5 Schanzen und eine Batterie. Schanze Nr. 6 (fünf sind auf dem linken Elbufer errichtet) kommt aufs Plateau des Waldschloßchens-Parkes, Schanze Nr. 7 westlich der Königsbrücker-Straße. Zwischen beiden wird eine Batterie errichtet. Von den Schanzen Nr. 8 und 9 kommt die erstere westlich der schlesischen Bahn und letztere auf die Feldfluren von Vorstadt Neudorf. Diese letztere Schanze steht in Verbindung mit der Schanze Nr. 10 an der Leipziger-Straße. — Am heutigen Vormittage kam das Füsilierbataillon des 24. Linienregiments hier an und nahm auf dem Dohnaplatz Aufstellung. Nach einer Ansprache des Kommandeurs und nachdem derselbe sich entfernt, erinnerte der Major das Bataillon daran, daß es an der Seite der Alexandriner 1849 in Dresden gefochten und vom Könige von Sachsen ein Ehrenzeichen an die Fahne erhalten habe. Gerade hier sei es am Plage, dem Kriegshelden, dem Könige von Preußen, ein Hoch auszubringen, was unter den Klängen der Bataillonsmusik geschah. (Bresl. Z.)

Hamburg, 10. September, Abends. Der Großherzog von Oldenburg nebst Gemahlin und Gefolge sind im Laufe des heutigen Tages hier eingetroffen und werden sich muthmaßlich schon morgen nach Schloß Eutin im Fürstenthum Lübeck begeben. (B. B. Z.)

Heffen. — Die „Raff. Ztg.“ schreibt: „Gerüchtesweise verlautet, daß die preussische Regierung mit dem Kurfürsten von Heffen der Art ein Abkommen getroffen habe, daß der Kurfürst das Einkommen aus dem Hausfische beziehe und zwei Schloßherren in Kurheffen als Wohnung behalte. Seine königl. Hoheit würde sonach ungefähr im Genusse derjenigen Revenüen bleiben, welche weiland Kurfürst Wilhelm II. nach Einsetzung der Mitregentschaft bezog. Zu den damals für denselben

refervierten Schloßern gehörte Philippsehe, was auch jetzt wieder genannt wird.

Nassau. — Aus Ginzburg, dem Aufenthaltsort des Herzogs von Nassau, wird der „N. A. Z.“ vom 8. Sept. geschrieben: Obgleich der Friedensvertrag zwischen Preußen und Baiern einen Paragraphen wegen Rücktransport der zur Zeit auf bairischem Gebiet befindlichen nassauischen Truppen enthält, so hat der Herzog von Nassau doch direkt mit dem Berliner Kabinet über diese Frage verhandelt, und ist unterm 30. August zwischen dem Prinzen Nikolaus von Nassau einerseits und dem Grafen Bismarck andererseits eine Konvention zu Stande gekommen, welche den Truppen eine ehrenvolle Rückkehr in die Heimath gestattet. Die nassauische Brigade zieht demgemäß mit vollen militärischen Ehren, Fahnen, Waffen und klingendem Spiel in Wiesbaden ein. Es folgt darauf die Sidesentbindung, das Abziehen der Waffen in das Zeughaus, Rücksenden der Fahnen an den Herzog, Beurlaubung der Truppen bis auf Friedensetat etc. Der Rücktransport beginnt bereits heute Abend via Stuttgart-Frankfurt, und wird mit jedesmal drei Nachtzügen bis zum 12. d. vollendet sein. Der Herzog hat heute seinen Truppen persönlich Lebewohl gesagt.

Oesterreich.

Wien, 10. September, Abends. Die „Wiener Ztg.“ enthält im amtlichen Theile kaiserl. Hand schreiben, durch welche FML. Geniststein seiner Stelle als Generalstabschef der Armee enthoben und FML. John zu diesem Posten ernannt, sowie gleichzeitig mit der Leitung des Kriegsministeriums betraut wird.

Schleswig-Holstein.

Klensburg, 8. September. Die Errichtung einer Filiale der preussischen Bank hier ist gesichert, provisorisch sind bereits die Voraussetzungen bestimmt und wird der betreffende Beamte in Kurzem seine Thätigkeit eröffnen. (Zl. Nachr.)

Frankreich.

Paris, 9. September. Die neuesten Nachrichten aus Mexiko, welche der „Moniteur“ heute veröffentlicht, lauten: Hier und da tauchen feindliche Banden auf, aber die kaiserlichen Truppen sind stets bei der Hand und Marschall Bazaine kann daran denken, sein französisches Korps in die Heimath zurückzuführen. Wie bereits telegraphisch gemeldet, ist er, laut „Moniteur“, auch deshalb nur nach San Luis Potosi gegangen, um die Vertheidigung der Grenzen den kaiserlichen Truppen zuzuwenden und seine Franzosen abzulösen. In Mexiko selbst aber denkt man an seinen Abzug mit Schrecken, denn ein dort am 10. August erschienenes Blatt sagt: „Das, was kommen wird, wenn die Franzosen abziehen, ist jetzt schon fühlbar. Wir gehen großen Gefahren entgegen. Nur glänzende militärische Erfolge hätten uns das Vertrauen geben können, auf dem die stichtliche Macht der Staaten beruht; leider sind sie nicht erfolgt. Das Glück scheint gegen die Waffen des Kaiserreichs spröde geworden zu sein. Kaum hatten wir uns von unserer Bestürzung über die Uebergabe von Matamoros erholt, als uns der Telegraph schon wieder den Fall von Tampico ankündigte.“ Der „Moniteur“ berichtet seinerseits über Tampico nur: „Tampico konnte den zahlreichen Banden nicht Widerstand leisten und die mexikanische Garnison übergab am 1. August diesen Platz. Die vom Kapitän Vanglans befehligte französische Kontre-Guerilla, 175 Mann stark, weigerte sich, sich zu ergeben. Mit den in Tampico ansässigen Franzosen im Fort Cajamata verschanzt, hatte sie gegen einen zehnfach überlegenen Feind und gegen den drohenden Hunger zu kämpfen, als die Ankunft dreier Schiffe von der Seefestation Vera-Kruz und die Flagge des Kommandanten Cloué den Muth dieser Tapferen unterhielt, welche ihrer Energie eine ehrenvolle Kapitulation verdankten und mit dem Tambour voran mit Waffen, Bagagen und Munition aus dem Fort zogen, und so unter dem Schutze der Marine am 10. August in Vera-Kruz ankamen.“

Italien.

Florenz, 6. September. Ricafoli ist sehr erbittert über die Zumuthung, daß die italienischen Truppen und Kommissare vor dem Plebisit in Venetien diese Provinz vollständig räumen sollen. Einen offiziellen Unterhändler, den man zu ihm geschickt, um ihn zu beschwichtigen, soll der Minister-Präsident gar nicht empfangen haben; durch seine Press-

organe aber läßt Ricafoli zur Rechtfertigung seines Standpunktes nicht nur auf die Präcedenzfälle der Abkimmungen in der Romagna, in Umbrien und den Marken hinweisen, sondern dem Kaiser Napoleon auch noch ein weit pikantes Argumentum ad hominem vorführen. „In Frankreich selbst“, sagt die Nazione, „hat man nie die Aufrichtigkeit und Regelmäßigkeit des Votums bezweifelt, das Napoleon III. zum Kaiser ausrief, obwohl derselbe thatsächlich schon seit dem 2. Dezember 1851 die Regierung führte.“ Der Widerstand des italienischen Patriotismus gegen die französische Kombination ist allerdings sehr begreiflich und sehr verzehlich. Da man aber schließlich trotzdem sich fügen wird, weil man keine andere Wahl hat, so wäre es staatsmännischer, der Nachgiebigkeit weniger Lärm und Proteste vorausgehen zu lassen. Die Hälfte der Armee hat ohnehin bereits den Befehl erhalten, sich der Cholera wegen über den Po zurückzuziehen; der König wird wahrscheinlich nächstens eine Reise antreten, die Civil-Kommissare aber werden vielleicht auf ihren Posten bleiben können, ohne daß Frankreich sich um sie kümmert. Der Waffenstillstand wird vielleicht noch um zehn Tage verlängert werden müssen, da die Friedensverhandlungen noch immer nicht so schnell voranschreiten, als es im Interesse des Landes zu wünschen ist. Der Kriegszustand macht die Finanznoth geradezu unerträglich. (Köln. Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, 10. September. Großfürst Alexander mit einer russischen Orlogeskadre ist hier selbst eingetroffen und sofort nach Schloß Bernstorff weitergereist. — Die „Berlingske Tidende“ theilt einen weitläufigen Bericht über den gestrigen Besuch der Schleswiger in Widdelsart mit, allwo gestern auch große Menschenmassen aus ganz Jütland eintrafen. Von hervorragendem Interesse war Orla Lehmanns Rede, worin er den Schleswigern für ihre mannhafte Ausdauer dankte und auf die künftige Freundschaft mit dem deutschen Norden hinwies, wenn Dänemark mit dem dänischen Schleswig wieder verbunden würde. „Gestählt durch Kämpfe“, so schloß Orla Lehmann, „sien die Schleswiger jetzt der beste Theil des dänischen Volkes“. Diesen Worten folgte großer Beifall. (B. B. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, den 10. Sept. Die Pforte hat dem französischen Gesandten die Versicherung gegeben, alljährlich einen Theil der aus dem ägyptischen Tribut erzielten Staatseinnahmen für Verzinsung und Amortisirung der im Auslande kontrahirten Anleihen an die osmanische Bank zu überliefern und durch Einschränkungen in der Verwaltung und in der Civilliste eine jährliche Ersparniß von 3½ Mill. Pire zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget erzielen zu wollen. — Auf Kandia sollen täglich Zusammenstöße griechischer Insurgenten mit türkischen Truppen stattfinden. Das Militär ist angewiesen, kräftig einzuschreiten. — Der Generalgouverneur von Macedonien, Huseini Pascha, ist abgesetzt worden. — Die Pforte errichtet eine Gesandtschaft in Washington. — Eine der türkischen Regierung zugegangene Petition verlangt die Ernennung Aristides Baltazzi zum Fürsten von Samos. — Die Eisenbahn von Varna nach Ruzsichuk ist vollendet.

Amerika.

Newyork, 1. Sept. In Auburn, bei Gelegenheit eines zu Ehren des Präsidenten veranstalteten Banquets, stellte Staatssekretär Seward den mexikanischen Gesandten Romero vor und erklärte, er hoffe, mit kommenden ersten November werde die mexikanische Republik von den letzten Spuren der feindlichen Invasion befreit sein. General Grant brachte einen Toast auf Romero und auf den Erfolg der liberalen Sache und der alliierten Republiken aus.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

(16. Sitzung vom 11. September.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertisch die Minister v. d. Heydt, Graf zu Eulenburg, v. Selchow; Regierungs-Kommissarien Hepte und Gr. zu Eulenburg für die Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung mit der traurigen Mittheilung, daß der Abg. v. Gaudeder Sonntag den 9. M. an Lungenerkrankung verstorben ist; das Haus erhebt sich, um das Andenken desselben zu ehren. Vom Abg. Dr. Michels sind dem Präsidenten mehrere Broschüren über

Preußens Beruf zugegangen, welche im Bureau einzusehen sind. Der Tageslöbner Verthalt in Stechnig bei Leipzig zeigt gegenüber den Aeußerungen des Ministerpräsidenten in einem Schreiben ohne Datum an, daß in Folge des jetzigen Systems in Preußen Sympathien für Preußen in Sachen nicht vorhanden sind (Feiterkeit). Der Herr Finanzminister fordert in einem Schreiben auf, die Beratungen auch über den 14. und 15. Bericht der Staatsschulden-Kommission auszudehnen; es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Der Präsident des Herrenhauses zeigt die letzten Beschlüsse des Reichstages an.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, den Bericht über das Reichswahlgesetz; zunächst erhält das Wort der Berichterstatter

Abg. Westien: Ich denke zum Eingange nicht über das Wahlgesetz und seine Prinzipien zu sprechen, halte es aber für meine Pflicht, schon vorweg zwei Hauptfragen zu berühren, welche innerhalb und außerhalb des Hauses vielfach besprochen und bestritten worden sind.

Wir stehen heute vor der zweiten großen Folge des Krieges. Der für den Augenblick wichtigsten und entscheidendsten Folge haben wir in unserer vorigen Sitzung schon die verfassungsmäßige Befristung erteilt. Die zweite große Frage ist die über die weitere Verbindung, das Bundesverhältnis zwischen Preußen und den andern benachbarten norddeutschen Staaten. In beiden Fragen kommen zum Theil dieselben Prämissen zur Sprache, der Umfang und die Einrichtung des preussischen und des deutschen Staates. In der vorigen Sitzung haben wir bereits die Frage diskutiert, in wie weit die Verfassungen der einzuverleibenden Länder als fortbestehend anerkannt und behandelt werden müssen. Es handelte sich dabei um die ganze Lage des Verfassungsrechtes in jenen Ländern. Die jetzt vorliegende Frage bezieht sich auf die Einführung und Verknüpfung des Wahlgesetzes in jenen Ländern; in diesem Sinne ist die Frage in Ihrer Kommission diskutiert worden. Müßten wir nun die Verfassungen in Hannover, Kurhessen, Nassau als noch zu Recht bestehend anerkennen, dann müßten wir auch fordern, daß die Regierung, ehe sie das Wahlgesetz in jenen Ländern proklamirt, die bisherigen Staatsgewalten derselben darüber bürdet. Die Kommission aber ist der Meinung gewesen, daß die bisherigen Ständerversammlungen jener Länder nicht zu hören sind, so wenig wie über die Annexion. Es ist in voriger Sitzung davon gesprochen worden, als wären die Verfassungen jener Länder nicht verwirrt, als habe es in Deutschland nie ein Eroberungsrecht gegeben; wir können das nicht anerkennen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß nicht bloß bei der Erbfolge, sondern auch bei gewaltsamer Erwerbung anderer Länder die Verfassungen immer geschont worden sind. Bei der Erbfolge ist darüber kein Zweifel; aber hier ist das anders: der König von Preußen, welcher die Regierung von Hannover u. s. w. ergreift, ist kein Anant jener Herrscher. In Betreff des Mittelalters ist es allerdings richtig, daß damals bei Veränderungen der Souveränität die Verfassungen in der Regel nicht geändert wurden, das kam aber daher, weil man im Mittelalter überhaupt die Staaten als Konglomerate behandelte. Beim Uebergang in die neuere Zeit ist das anders geworden. Seit dem großen Kurfürsten hat sich ein neuer einheitlicher Staat in Preußen herausgebildet und das ist die Grundlage und Kraft Preußens gewesen gegenüber von Oesterreich, wo gerade das Verhältnis der bloßen Personalunion die Verwirrung, Schwäche und Zerrüttung bis auf den heutigen Tag begründet hat. Wir dürfen auf keinen Fall in dieses verwirrende staatswidrige Prinzip zurückgreifen. Niemand hat daran gedacht im vorigen Jahrhundert bei Eingabe neuer Territorien in Preußen die Verfassungen jener Länder erhalten zu wollen. Die schlesischen Verfassungen wurden bei der Eroberung durch Friedrich den Großen ebenso wenig beachtet, wie der große Kurfürst und seine Nachfolger die Verfassungen der eigenen Landestheile beachtet, als es galt, den Einheitsstaat herzustellen. Das staatsrechtliche und völkerechtliche Verhältnis in Deutschland ist nie ein anderes gewesen, als in der ganzen Welt, so lange es Krieg und Eroberung giebt. Der Unterschied liegt vielmehr im nationalen Prinzip; die Geltendmachung der nationalen Bedürfnisse und Nothwendigkeiten, das ist das ethische Prinzip, welches jenem Rechte der Eroberung in Deutschland eine andere Bedeutung giebt, namentlich in diesem Augenblick, wo ein neues Recht für Deutschland geschaffen werden soll. Wir können uns nicht auf exklusive Doktrinen der Legitimität oder der Volkssouveränität berufen; das Recht der Selbstbestimmung auf jeden einzelnen Staat, jede Landschaft ausgedehnt, wird zum Unfinn; mit solcher Ausdehnung desselben läßt sich keine Aenderung schaffen, der Krieg würde seine beste Folge dadurch verlieren müssen. Die Länder sind völkerechtlich erobert und es läßt sich keine Rechtskontinuität schaffen. Es ist verfehlt, wenn Verfassungen einmal durch Revolution oder Eroberung beseitigt sind, eine Rechtskontinuität künstlich schaffen zu wollen. Es sind eben durch die thatsächliche Gewalt neue Zustände geschaffen worden, und das neue Recht muß auf diesem Boden geschaffen werden; die Geschichte hat niemals den Unterworfenen ein solches Recht zuerkannt. Wollte man zum Schein die Mitwirkung, diese Selbstbestimmung in Scene setzen, so wäre es eine bloße Fäulnis, welche dieses Prinzip der Selbstbestimmung nicht kräftigen, sondern verböhen würde; wollte man aber Ernst damit machen, wollte man jenen Ländern nicht bloß ein „Ja“, sondern auch ein „Nein“ gestatten, dann würden wir auf demselben Standpunkt stehen, wie vor dem Kriege. Wir müssen aber im nationalen Interesse Deutschlands das selbe Recht, wie gegen die Fürsten, auch gegen die Territorien in Anspruch nehmen. Es hilft Nichts sie zu fragen, wo wir entschlossen sein müssen, ihr „Nein“ nicht zu berücksichtigen. Was aber das Verhältnis dieses Grundgesetzes zu der jetzigen Frage anbelangt, so werden bei der zukünftigen Gestaltung des norddeutschen Parlaments jene Länder eben

Küchenlatein.

Die Völker gehen zwar in der Wahl ihrer Nahrungsmittel sehr auseinander; aber was auch immer verzehrt wird, das Endresultat ist immer dasselbe: die verschiedenartigsten Speisen werden in Blut verwandelt und der Wissenschaft ist es unmöglich gewesen, Unterschiede in dem Blute einzelner Menschen, wie ganzer Völker zu entdecken; durch das Blut sind wir alle vom höchsten Adel oder gut bürgerlich. Das Hind frist Gräser und Rüben und verwandelt sie in Blut; der Löwe verschmäht diese saftigen Pflanzen, er frist das Hind und doch verwandelt sich sein Futter auch in nichts Besseres, als Blut.

So verschieden die Speisen, so verschieden ist ihre Zubereitung. Klima, Mode, Geschmack und Vorurtheil, alle vereinigen sich, um in der Wahl der Nahrungsmittel das wunderbarlichste Gemisch hervorzubringen. Der Thran und Seehundfleisch verschluckende Grönländer würde mit Verwunderung auf den mäßigen Hindu blicken, der sich mit einer Handvoll Reis begnügt. Es ist gewiß, daß Völker, welche geistig kontrastiren, auch in der Befriedigung des Geschmackssinnes weit auseinandergehen, z. B. Franzosen und Engländer. Wenn erstere Bonillon und Saucen meisterhaft bereiten, so haben letztere im Beefsteak, im Pudding ihre Virtuosität und kennen keine andere Sauce als geschmolzene Butter. Auch Deutschland wird sogar durch die Speisen getrennt. Der Süddeutsche liebt die fetten Mehlspeisen, die Klümpe und Knödel und der Wiener umhüllt selbst gebratenes Geflügel mit einer Teigruste. Die Häufigkeit der Thüringer schrie Götthe dem häufigen Ruchengenuß zu. Nur in der Bortliebe für die Kartoffeln sind die Deutschen einig; sie ist leider ihr National-Gericht geworden, und doch behauptet Molefchott: „wer vierzehn Tage nur von Kartoffeln lebt, wird zuletzt die Kraft nicht mehr haben, sich seine Kartoffeln zu verdienen.“ Die Kartoffel ist seitdem, als zu wenig Nahrungsmittel enthaltend, heftig angegriffen und verurtheilt worden. Kein Wunder, daß sie sich dies zu Herzen genommen und wie ein oft bestrafter Verbrecher, trotz aller Befehrungsversuche, von Jahr zu Jahr schlechter wird. Jean Paul dagegen liebte die Kartoffeln und nennt sie „die Kastanien aus der niederländischen Schule“.

Die Griechen waren zu allen Zeiten geringere Feinschmecker als die Römer. In den Heldentagen Homers war auch ihre Gsinst heldenhaft. Achilles schlachtet selbst das Schaf, während die Freunde die Haut abziehen und es am Spieß braten und obwohl er eben von der Mahlzeit ausgehrt, erhebt er mit dem alten Priamos wieder die Hände „zum lecker bereiteten Mahle“. Agamemnon weist, wie Homer erzählt, einen feisten,

5jährigen Stier dem Kronion. „Laß Dir diesen Stier gefallen“, lautete der Opferspruch. Nur die zwiefach mit Fett umwickelten Schenkel bekamen die Götter, das Uebrige wurde alles an Spieße gestekt, vorsichtig gebraten und die Helden schmauseten mit den Göttern um die Wette. Die ältesten Griechen hielten es mit dem Fleische. Erst später, als sie ihre Wälder gelichtet, ihr rauhes, gebirgiges Land in einen Garten verwandelt hatten, wanderten auch in ihre Küche die neuen Erzeugnisse ihres ackerbauenden Fleißes. Wein, Oliven, Feigen, Granatäpfel, Melonen, alle diese Früchte des Südens gaben ihren Mahlzeiten einen sanfteren Charakter und machten aus den wilden, raubluftigen Bergvölkern jenes Volk von Dichtern und Künstlern, das uns unsterbliche Werke hinterlassen hat. Sie hatten sich zu einer höhern Stufe der Kultur hinaufgeheben. Den bildenden Einfluß dieser unschuldigen Nahrungsmittel scheint schon Solon eingesehen zu haben, denn er verbot die Ausfuhr all' dieser Früchte und ließ nur den Verkauf des Oels an Fremde frei. Den Zucker haben die Griechen wahrscheinlich gekannt; wenigstens erwähnt Strabo in seiner Beschreibung von Indien ein Rohr, welches von Natur süß ist und durch Einfochen nutzbar gemacht wird.

Die Griechen waren im Ganzen genommen mäßig, nur die Athener verstanden sich auf Feste und Schmausereien, bei denen Wein, Witz und Flötenspiel nicht fehlen durften; ja sie trieben es so weit, daß, wer bei ihnen am längsten im Trinken und Wachen aushielt, einen Preisstücken aus Honig und Weizenmehl gewann.

Wir schwelgen, Rosenkränze
Geflüngen um die Schläfe
Und lachen fröhlich trunken“

singt Anakreon.

Darum ging Perikles, seit er sich den Staatsgeschäften widmete, zu keinem Gastmahle mehr; Sokrates dagegen harrete bis zum frühen Morgen im vernünftigsten Gespräch aus, während seine Umgebung längst zu Boden gefallen war. Das Fehlen war in Athen zu Hause und Aristophanes spottet daher über Kratinos, einen „vollendeten“ Weintrinker:

„Ihn rührt der Schlag, denn überleben konnt' er's nicht,
Ein volles Weinglas sie mit Gewalt einschlagen zu sehen.“

In Sparta setzte man an der Tafel jedem seinen Becher Wein hin, ohne einander zuzutrinken oder den Becher in der Reiche herumgehen zu lassen, wie anderwärts, dennoch war das Vergnügen aus ihren Kreisen nicht verbannt und selbst der sonst so strenge Lykurg war ein solcher Freund geselliger Freude, daß er dem Gott des Lachens in seinem Hause einen Altar errichtete. Die spartanische Suppe ist bekannt und war schon bei andern Völkern verhasst, denn ein Schbarite wigelte über die

Spartaner: „es sei kein Wunder, daß sie in Schlachten den Tod suchen, um all' der Plackerei in einer solchen Lebensart loszuwerden.“

Ein sinniger Zug der Griechen war das Opfer am Tage vor einer Hochzeit. Aus dem geöffneten Opfertiere wurde die Galle herausgenommen und hinter den Altar geworfen, denn die Götter, denen man die Liebe und Ehe heiligte, verabscheuten Zorn und Bosheit.

Die Griechen hielten drei Mahlzeiten, Frühstück, Mittag- und Abendbrod — eine Einrichtung, die sich, wie unsere neuesten Stoffwechsel-Lehrer festgestellt, als für jeden Magen am zuträglichsten erweist. Das Frühstück war nicht eine ernste Schlacht, gleich dem englischen, kaum das leichteste Vorpöstengefecht, denn es bestand nur aus Brod, welches in Wein getaucht war. Das Abendessen, welches unserm Mittagessen entspricht, war die Hauptmahlzeit. Die alten Griechen setzten sich zu ihren Mahlzeiten, aber die spätern lernten es vom Orient, sich um die Tafel auf Kissen zu lagern. Sie nahmen vorher ihre Sandalen ab, wuschen Hände und Füße, wie noch heute alle Orientalen — eine Nothwendigkeit, da sie mit ihren Fingern aßen und diese an Brodturmen abwischten. Während des Mahles wurde kein Wein getrunken, nur wenn das Essen vorüber und die Hände zum zweiten Mal gewaschen worden, wendete der mit Wasser gemischte Wein herum, denn schon Pindar singt: „es ist Wasser das Beste.“

Wasser, Wein und Milch waren die einzigen Getränke der Griechen, alles übrige Gebräu wurde als barbarisch verachtet. Die Geschlechter aßen getrennt. Wir können uns jetzt kaum denken, wie wir ohne Gabel mit unserm Essen fertig werden sollten und doch mußten sich die Weisesten Griechenlands ohne dies nützliche Instrument begnügen und Brotrinden in ihre Suppen tauchen. Die Italiener haben das Verdienst, die Gabel im 15. Jahrhundert erfunden zu haben, sie brauchen dieselbe am Ehesten zu ihrem italienischen Salat. Erst im 16. Jahrhundert wurde sie als eine glänzende Neuigkeit am französischen Hofe eingeführt und von hier wanderte sie nach England und Deutschland; jetzt freilich ist sie beinahe über die ganze Welt verbreitet, denn selbst die Bewohner der Fidschi-Inseln bedienen sich ausnahmsweise der Gabeln, wenn sie — Menschenfleisch essen, bei allen übrigen gewöhnlichen Mahlzeiten genügen die Finger. Ein Trost für alle dorthin Verschlagenen, wenigstens mit Anstand verzehrt zu werden.

Die Römer begannen auch als einfache Esser, aber im Laufe der Zeit wurden sie solche Feinschmecker, wie die Welt keine mehr gesehen hat. Hülsenfrüchte, Brod, etwas Fleisch, Wein und Wasser, bildeten die dürftige, bescheidene Mahlzeit der alten Römer, dann kam Bier hinzu, das

vertreten sein, wie wir. Die Vorbereitungen für die Einführung des Wahlgesetzes können aber nur getroffen werden durch die augenblickliche Gewalt, und das ist die preussische Regierung. Sie ist nach dem Zusammenbruch der bisherigen Gewalt die einzige, die dort existirt; sie muß daher die Vorbereitungen treffen, welche nöthig sind, nicht bloß um jene Länder mit dem preussischen Staat zu vereinigen, sondern sie auch in den norddeutschen Bund einzufügen und mit denselben Recht und unter denselben Verhältnissen, wie wir daran theilnehmen werden.

Die andere Frage, welche vielfach berührt wird und innerhalb und außerhalb Preussens einen starken Widerspruch nicht nur gegen das Wahlgesetz, sondern gegen den ganzen norddeutschen Bund hervorgerufen hat, ist die Frage nach dem Umfang des Bundes. Ueber die künftige Gestaltung können wir, meine ich, jetzt nicht diskutieren. Die Kommission war darüber vollständig einig. Die Staatsregierung hat uns nicht gesagt, wie sie sich die Verfassung des künftigen Bundes denkt; es ist gewiß schwierig, sich auch nur annähernd ein Bild davon zu machen, sobald sie als dauernd gedacht werden sollte; aber es muß für den Augenblick die Herstellung eines engeren Bundes zwischen jenen Staaten und Preußen geordnet werden. Die eine Frage aber kommt hier gleich in Betracht, über die wir schlichtig werden müssen, ehe wir über das Wahlgesetz sprechen, die Frage: müssen wir darauf eingehen, können wir darauf eingehen, daß nur ein norddeutscher Bund geschaffen wird? Wir können uns nicht verhehlen, daß das nicht dasjenige Parlament ist, auf welches bisher die deutschen Hoffnungen gerichtet sind, nicht das, welches das ganze deutsche Vaterland umfassen sollte und welches trotz der Niederlagen von 1848 seinen Rauber für ganz Deutschland behalten hat, einen Rauber, welchen jetzt auch die Regierung anerkannt hat, indem sie am Anfang der Verweigerung es als Werkzeug und Endziel ihrer Bestrebungen bezeichnete. Alle Gegner der preussischen Hegemonie, großdeutsche Demokraten, paritätistische Reactionäre, Anhänger Oesterreichs u. s. w. arbeiten jetzt gegen das Großpreußen, das Kleindeutschland, welches geschaffen werden soll. Wir, die wir eine Einigung Deutschlands immer nur durch Preußen für möglich hielten, brauchen uns am wenigsten beeinträchtigen zu lassen durch diejenigen, welche für Bundesrecht und Bundesstreue sich eingelegt haben, welche in ihrem Halse gegen Preußen sogar die Träger der elenden Politik der Mittelstaaten, v. Beust, v. d. Forsten, v. Arnabühler, als deutsche Patrioten feierten. Wir müssen uns auf den Boden der Thatsachen stellen; und ich betrachte es als einen Unfuss, von einer Befriedigung und neuen Theilung Deutschlands zu sprechen, wenn der preussische Staat gestärkt und wenigstens im Norden ein enger Bundesverhältnis hergestellt ist. Ich denke, hier ist der Theil mehr als das Ganze, ein festgefügt großer Theil Deutschlands mehr als ein loses, zerbrockeltes ganzes Deutschland. Der alte Bund war keine Einheit, deren Fall wir bedauern könnten; 50 Jahre lang ist er ein Zeichen deutscher Schwäche und Zerissenheit gewesen; er ist uns auferlegt worden durch die Mißgunst des Auslandes, um Deutschland schwach zu erhalten. Wir können seinen Fall unmöglich bedauern. Die Verträge von 1815 sind jetzt auch für uns befristet. Wir haben ansetzen müssen, daß sie von unseren Nachbarn für gerissen erklärt wurden; jetzt ist die Zeit gekommen, wo auch wir uns durch sie nicht mehr hindern zu lassen brauchen, eine neue Gestaltung Deutschlands, besser entsprechend den nationalen Bedürfnissen, der Kultur und Größe der deutschen Nation herzustellen. Wir, die wir den Bundesstaat gewünscht, weil wir glaubten, daß er leichter herzustellen, daß er leichter ganz Deutschland umfassen könnte, als der Einheitsstaat zu erreichen wäre, wir müssen uns unter die Thatsachen beugen, welche jetzt vorliegen. Mit den bloßen moralischen Eroberungen sind wir nicht vorwärts gekommen (Bewegung links), die Revolution ist gescheitert, ihre Konferenzen und Kongresse sind ebenso fruchtlos zu Boden gefallen bis auf den heutigen Tag. Einzelne Historiker hatten noch ein anderes Rezept in Bereitschaft; sie wollten uns ein großes National-Engländer verschreiben, groß genug, um alle widerstrebenden Interessen der Einheit zu nähigen, nicht groß genug, um die Kraft des deutschen Volkes wirklich zu brechen. Das wäre ein zweifelhaftes Experiment gewesen, meine Herren, und wir können von Glück sagen, wenn wir desselben überhoben bleiben.

Jetzt hat der Krieg große durchgreifende Ergebnisse geschaffen; wir haben jetzt das Untrüge zu thun, um sie zu sichern, zu erweitern und zu vollenden. Dazu sollen wir jetzt die Vorbereitung treffen. Wir würden es als ein nationales Unglück beklagen müssen, wenn die Trennung von Nord- und Süddeutschland dauernd sein könnte. Ich würde glauben, daß die deutsche Kultur und ihre Geltung auf dem Erdboden dadurch schwer gefährdet wäre; aber gerade der Ausschluß Oesterreichs aus von der Verbindung mit dem südlichen Deutschland bietet die sicherste Garantie, daß diese Trennung nicht dauernd sein wird. Der große Freiberg v. Stein dachte sich eine deutsche Einigung in der Weise hergestellt, daß der Süden Deutschlands mit Oesterreich, der Norden mit Preußen vereinigt würde; glücklicherweise sind solche Pläne nicht zur Ausführung gekommen und die Gefahr ihrer Ausführung ist jetzt für immer befristet. Das übrige südliche Deutschland wird uns zufallen, aber kurz oder lang, und wenn die Zeichen der Zeit nicht trügen, so wird die Zeit bald kommen und wir werden die Ausdehnung des norddeutschen Bundes über den südlichen Theil Deutschlands in nicht gar zu langer Zeit erleben. Aber bis dahin gilt es, die Organisation herzustellen, mit der wir in der Zwischenzeit existiren können. Wir können den norddeutschen Bund nicht so einrichten, daß das südliche Deutschland künftig in eine unveränderte Verfassung eintritt, das kann nicht die Aufgabe des Augenblicks sein, hier handelt es sich um eine vorübergehende Schöpfung. Das aber müssen wir

festhalten, daß dies keine dauernde Theilung Deutschlands herbeiführen wird. Mit dieser Hoffnung geben wir uns Wert, nicht um den Abschluß, sondern den Anfang für ein künftiges Deutschland zu machen!

In die Redebeiträge lassen sich eintragen gegen den Gesetzentwurf die Abg. Groote, Bichow, Ribelt, v. Gerlach, Kantat, v. Fock, v. d. Straten, Woth, Schulze (Berlin), v. Bolkowski, für den Gesetzentwurf Stroffer, v. Carlomag, Simson, Löwe, Wuttke, Achenbach, v. Wangenheim.

Die Generaldiskussion wird eröffnet. Zu dem Entwurf der Kommission ist eine Reihe von Amendements eingegangen, welche fast sämtlich ausreichende Unterstützung erlangen. (Siehe unten.) Als erster Redner gegen den Kommissionsantrag erhält das Wort der Abg. Groote: Die Aufgabe, die uns die Vorlage der Regierung stellt, ist eigentümlicher Natur. Wir sollen unsere Zustimmung zu gesetzlichen Formen geben, mittelst deren eine Versammlung von Volksvertretern zusammenberufen wird, und diese Volksvertreter sollen dann über ein Reformprojekt beraten, das uns nur in seinen dunkelsten Umrisen bekannt ist. Dieser Umstand legt uns die Nothwendigkeit auf, umso mehr uns die Folgen klar zu machen, die der Plan der Regierung sowohl für unser eigenes Verfassungsleben wie für ganz Deutschland hat. Der Herr Referent hat ganz richtig bemerkt, daß eine innige Beziehung zwischen der Frage der Annexion und dem uns heute beschäftigenden Gegenstand besteht. Er hat uns sogar einen thatächlichen Beweis dafür geliefert, denn der erste Theil seiner Erörterung gebt mehr zu der Frage, über die wir am vorigen Freitag verhandelten, als zu der unserer heutigen Sitzung.

Ich gebe von der Behauptung aus, daß Sie am vorigen Freitag, indem Sie für die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt in Preußen stimmten, damit zugleich das Schicksal der heutigen Vorlage entschieden haben. Sie haben durch jene Abstimmung den preussischen Staat um einen bedeutenden Zuwachs vermehren helfen; Sie haben das Jüdge da beigetragen, daß gegenwärtig ein preussischer Staat von ungefähr 23 1/2 Millionen Einwohnern da steht. Diesem Staate schließen sich nun einige andere kleine Staaten, denen man das nackte Dasein gelassen, durch einen Bund an. Der Charakter dieses Verhältnisses, das dadurch herbeigeführt und begründet wird, scheint mir einfach bloß der einer Bundesgenossenschaft zu sein, deren hauptsächlichste Wirkung darin besteht, daß der große preussische Staat die Oberhoheit über die Verwaltung gewisser Gegenstände, wie Chaussees, Posten, Telegraphen, in diesen Staaten ausübt, und daß die Angehörigen dieser Staaten zu den Kosten mit beitragen. Diese Verpflichtung führt die fernere Nothwendigkeit herbei, für Einrichtungen zu sorgen, vermöge deren die Angehörigen dieser kleinen Staaten in Bezug auf ihre Verpflichtungen auch ihre Stimme zur Entscheidung mit abgeben. Man sollte meinen, die einfachste Weise, in der man dies hätte verwirklichen können, wäre gewesen, daß man sie zur Verabreichung gemeinsamer Angelegenheiten, z. B. des Militärbudgets, mit in unser Abgeordnetenhaus schickte. Aber nein, was thut man hier? Man schafft für dies Bedürfnis der Mittheilung an den Beratungen ein großartiges Institut eines Volkshauses. Nun frage ich Sie, wie läßt sich von diesem Parlamente eine lebensfähige Bedeutung erwarten? Sie müssen bedenken, daß es für den größten Theil seines Gebietes überflüssig ist, da hier bereits eine Volksvertretung besteht. Zum Theil sind die Angelegenheiten, über die es zu verhandeln haben wird, allerdings von großer Bedeutung, z. B. das Militärbudget. Aber ändert das etwas am Wesen der Dinge? Nein, die Versammlung, die über diese gemeinsamen Angelegenheiten beschließt, beschließt vor wie nach über wesentlich preussische Angelegenheiten. Was wird nun, und das ist die wichtigste Frage, dieses Volkshaus für eine Bedeutung haben? Es wird vergeblich einen Boden suchen, auf dem es sich weiter entfalten kann. Ich will annehmen, daß dies Volkshaus in Opposition zu der Regierung tritt, da wird sich die letztere wenig daran kehren, sondern sich in ihren preussischen Staat zurückziehen, oder da das Volkshaus voraussichtlich hier in Berlin seinen Sitz haben wird, so hat sie es bequemer, sie schickt das Volkshaus in seine Staaten zurück. Alles, was hier geschieht, ist, daß die preussische Regierung ihre Macht vergrößert, daß dagegen die Macht des Parlaments zwischen zwei Versammlungen geteilt und nothwendig dadurch geschwächt wird. Nach meiner vollen Ueberzeugung kann ich in der Errichtung dieses Instituts nur den Versuch erkennen, der preussischen Landesvertretung die wichtigsten Theile ihrer Beratungen zu nehmen und dieselbe auf eine machtlose Versammlung zu übertragen. Ich verfidere Sie, wenn das Wahlgesetz in keiner anderen Rücksicht zu würdigen wäre, so würde ich es für unschicklich halten, dazu mitzuwirken, ein solches Volkshaus zu schaffen. Aber ich gebe von einem anderen höheren Gesichtspunkte aus, ich setze dies neu geschaffene Institut mit der Reuegestaltung von Deutschland in Verbindung, kann aber dabei die Ansicht des Herrn Referenten nicht theilen, daß wir uns mit dieser Reuegestaltung vorläufig auf die Bildung des norddeutschen Bundes beschränken müssen.

In dieser höheren Auffassung habe ich zuerst die traurige Thatsache zu konstatiren, daß die preussische Regierung für diese Rekonstruktion von ganz Deutschland gar nichts gethan hat. (Heiterkeit rechts.) Vorgegenwärtigen wir uns das Ergebnis der Umgestaltungen, wie sie von der Regierung ausgegangen sind, wie sich auf der einen Seite Preußen vergrößert, wie es auf der andern Seite mit andern Staaten einen Bund geschlossen hat, so kann ich den Charakter dieser Schöpfungen nur dahin auffassen, daß er ein rein preussischer ist.

Aber wenn es an die Vertheidigung dieser Schöpfungen geht, so verbrämt man dieselben mit einer ehrwürdigen Mystifikation, unter der das deutsche Volk einst das ganze deutsche Vaterland aufzubauen träumte. Es

ist in der That ein Beweis für die Kraft dieser Ideen, daß der reine Preusse zu ihnen als zur Unterfertigung seiner Schöpfungen greifen muß. Man hat sich damit beschäftigt, alle Möglichkeiten durchzugehen, wie dieser preussische Staat allmählich doch in die deutsche Einheit aufgehen kann. Ich will Ihnen hier ein Zugeständnis machen, meine Herren; ich bin der Meinung, daß die Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland ein sehr wichtiges Moment werden kann, um künftig die deutsche Einheit anzubahnen. Aber was hat die preussische Regierung gethan, um für diesen Uebergang die organischen Anlagen zu bilden und zu finden? Sie hat nichts dazu gethan (Widerpruch rechts), sie hat im Gegentheil Alles gethan, was diesen Uebergang erschweren, die deutsche Frage verwirren kann. Ich finde diese Verwirrung hauptsächlich in der Thatsache, daß die preussische Regierung bei ihren Umgestaltungsplänen keine Homogenität ihrer Schöpfungen festgehalten hat. Den Dualismus der Staaten hat sie beseitigt, aber dafür den gefährlicheren Dualismus der Principien wachgerufen. Bei der gegenwärtigen Vergrößerung Preussens werden Sie nicht in Abrede stellen können, daß dadurch der deutsche Einheitsstaat als die einzige Form angezeigt ist, unter welcher die Einheit überhaupt noch zu Stande kommen kann. Nun frage ich Sie, hat man nicht der Verwirklichung dieses Einheitsprinzips auf der anderen Seite die größten Hindernisse in den Weg gelegt? Glauben Sie, daß in Zukunft ähnliche günstige Verhältnisse eintreten werden, unter denen auch die Fürsten von Bayern, Württemberg u. s. w. sich stützen lassen werden? Und glauben Sie, daß sich so bald wieder ein Staatsmann finden wird, der den Muth hat, die Legitimität auf dem Altare des deutschen Vaterlandes zu opfern? Sie werden deswegen unter Umständen doch wieder auf die andere Form der deutschen Einheit zurückkommen müssen, auf die Bildung des deutschen Bundesstaates. Aber welche neuen Hindernisse sind gerade der Verwirklichung dieser Idee entgegengefeht! Die Bildung des Bundesstaates kann nur in der Weise geschehen, daß die einzelnen Staaten die ihrem Volke und Lande eigenthümlichen Verhältnisse für sich ordnen, daß dann aber über diese Einzelstaaten sich ein ganz neues mit keinem derselben zusammenhängendes Staatswesen erhebt, und daß dieses die allgemeinen Angelegenheiten besorgt.

Wie soll aber nun die Gründung eines Bundesstaates unter Verhältnissen möglich sein, wo ein Staat beinahe Dreiviertel des ganzen Bundesstaates beträgt? Es fällt ja hier naturgemäß der wesentliche Theil des großen Gemeinwesens in diesen Einzelstaat, in ihm ruht das ganze Schwergewicht, und das Parlament vertheilt Sie, indem sie es diesem Machtheil entziehen, in einen idealen Mittelpunkt. Vergebens statten Sie ein solches Parlament mit Privilegien aus. Darin liegt nicht seine Macht, sondern lediglich darin, daß Sie es in einen geeigneten Boden versetzen. Wären die einverleibten Staaten als Reichsländer dem künftigen deutschen Staate aufbewahrt worden, so würde nicht nur sofort dieses Volkshaus eine ganz andere Bedeutung gewonnen haben, sondern Sie hätten auch in dies Volkshaus die Anlage gelegt, vermöge deren es allmählich in den großen Gesamtstaat übergehen kann. Meine Herren, wenn man Staatseinrichtungen trifft, so muß man, wenn man das Ziel nicht sofort erreichen kann, wenigstens den Keim hineinlegen, durch den man später im Stande ist, dieses Ziel zu gewinnen. Sie müßten deswegen die Anlage treffen, daß die Zentralgewalt alle wichtigen Angelegenheiten an sich zieht. Sie fanden diese Anlage dadurch, daß Sie, statt einen Einzelstaat immer mehr zu vergrößern, diesem Einzelstaat vielmehr die Macht mittel immer mehr entziehen, und den Beziehungen zum Ganzen zuwiefen, aus denen er seine Kräfte zu schöpfen hat. Indem Sie sich nicht für die Annexion erklärt hätten, würden Sie eine solche Anlage getroffen haben, und es würde darin zugleich eine Anziehungskraft für den Süden gelegen haben. Ich muß hier mein tiefes Bedauern einfließen lassen, daß man den Antipathien des Südens gegenüber nicht ein Verhalten angenommen hat, welches dazu angethan gewesen wäre, diese zu überwinden und sich mit ihnen in der Strömung der Freiheit zu vereinigen. Statt dessen haben sie diesem Widerspruch eine organische Form gegeben, in Folge deren immer mehr eine gegenseitige Abstoßung eintreten wird.

So finde ich denn, was ich oben gesagt, bestätigt. Es ist nichts für die deutsche Einheit geschehen; Alles was ich gewahre, ist nur ein starkes Preußen und daneben das deutsche Chaos.

Das Recht der Fürsten liegt mir fern, meine Herren; ich spreche nur für das Recht des Volkes, ich bin auch fern davon, das Recht der Einzelstaaten vertheidigen zu wollen; ich weiß so gut wie Herr Waldeck, daß die deutschen Kleinstaaten keine organischen Gebilde sind, sondern dynastischer Begehrlichkeit ihr Leben verdanken. Aber ich trete ein für das Recht der deutschen Nation, dafür, daß die einzelnen Stämme in diesem großen Kreise zu ihrem Rechte gelangen. Aber nimmermehr kann ich diese Rechte einem einzelnen Staate zusprechen, möge derselbe noch so groß sein, wenn er nicht den festen Willen und die sichere Aussicht hat, daß er dereinst und zwar in kurzer Zeit in ganz Deutschland aufgehen kann. Ich hätte die Rekonstruktion Deutschlands mit Vorliebe durch die Kraft der deutschen Nation erwartet, daß sie unter günstigen Umständen ungefähr ebenso verfahren würde, wie es gegenwärtig die Regierung gethan hat (Heiterkeit rechts), nur in größerer Ausdehnung (Heiterkeit), und daß es ihr dann gelingen würde; mit größerem Glück und Geduld das deutsche Vaterland aufzubauen. Ich hätte aber nichts dagegen, daß diese revolutionäre Gewalt von einer organischen schon bestehenden Gewalt unternommen würde. Und Graf Bismarck meldete sich dazu (Heiterkeit). Er stellte das Bundesreformprojekt auf und nun wurde sein Unternehmen von einem glücklichen Erfolge sonder Beispiel begünstigt. Wir haben eine große Masse von Fürsten zur großen Freude eines jeden

conservative Getränk, welches sich stets von allen revolutionären Gedanken fern gehalten und alle kühnen Neuerungsgeanken dem Wein überlassen hat. Als aber die alten Römer ihre Waffen in die fernsten Länder getragen, da lernten sie überall neue Gerichte, neue Gewohnheiten kennen und waren unermüdet, das Neueste und Beste davon nach Rom, wie die Götter der besiegten Völker nach dem Pantheon zu schleppen. Ganz Rom wurde der Schauplatz eines Bacchanals, indem selbst die Aermsten noch in wilder Lust ihre Thyrsusstäbe schwingen, denn in dem Kampfe der Partheien galt der am Weissten, der dem Volke die festesten Stande vorwerfen konnte. Für die hungerige Schaar, die an den Thüren stand, wurden kleine Körbe, die eine Quantität gekochter Speisen enthielten, in der Halle in Ordnung aufgestellt und prunkend vertheilt. Diese Geförbe nannte man sportulæ. Uns armen Deutschen ist leider mit „lateinischen Sporteln“ ein böses Geschenk gemacht worden, für uns waren sie niemals „Eß“, wohl aber „Zehrförbe“ und es vergeht uns schon der Appetit, wenn wir an „Sporteln“ denken, unter deren angenehmen Namen sich heut nichts weiter verbirgt als die unangenehmen — Gerichtslosen? So wechseln Namen und Begriffe im Laufe der Zeit und bei den verschiedenen Völkern!

Die Römer waren klüger, das Ausgesuchteste und Seltsamste wurde mit ungeheuren Kosten aus den entferntesten Ländern auf die Tafeln der Reichen gebracht, die unermüdet waren, mit den sonderbarsten Bekereien den verwöhnten Gaumen zu kugeln. Nachtigallenzungen, das Gehirn von Flamingos, die seltensten Seefische, Austern, alles nur mögliche Wild, kam in tausend verschiedenen Zubereitungen auf den Tisch dieser Weltkammer und Weltoberer, so daß Apicius zehn Bücher Küchen-Recepte hinterlassen konnte. Er war ein Mann von großer Erfahrung, denn er hatte 5 Millionen Thaler im Essen durchgebracht und vergiftete sich, als er fand, daß ihm nur noch der zehnte Theil dieser Summe übrig geblieben war.

Vor allen schätzten die Römer den Krametsvogel; „Nil melius turdo“, sagt Poraz. Nächst diesem waren die gestopften Gänse wegen ihrer Leber sehr beliebt und während die keltischen Ureinwohner Albions die Gänse bloß zur Augenweide hielten, mußten sie die Römer besser zu schätzen und in der Kaiserzeit wurden aus dem hohen Norden, aus Germanien und dem nördlichen Gallien, große Gänseherden nach Rom getrieben. Plinius macht uns damit bekannt, daß wir Messalinus Cotha die wichtige Erfindung, Gänsefüße zu rösten und Hahnenkämme einzumachen, zu verdanken haben. Den Hasen zogen die Römer allem übrigen Haarwild vor.

Die Römer haben aber nicht allein sich Delikatessen kommen lassen,

sondern sie auch, wie echte Träger der Civilisation, in andere Länder gebracht. So haben sie in Darmstadt den Anis und Spargel angepflanzt, wo sie noch jetzt von zarten Händen bearbeitet und veredelt, lokale Beihilflichkeit behaupten. Die saure Kirche brachte Lucullus aus Kleinasien herüber. Lucullus! der die Kunst des Mästens der Drosseln erfunden hat und dessen sinnreich-schwelgerisches Leben sprichwörtlich geworden.

Auch die Römer hatten drei tägliche Mahlzeiten. Das Frühstück bestand aus Brot und Salz, Oliven, Käse, getrockneten Weintrauben, etwas Milch und Eiern; das Mittagessen aus warmem oder kaltem Fleisch und den Resten des gestrigen Abendbrotes; in vornehmen Häusern wurden Austern, Eier und Süßigkeiten hinzugefügt. Das Getränk bestand aus Wasser, Wein und „mulsum“, einer Mischung von Wein und Honig. Um sich vor Trunkenheit zu schützen, aß man Lupinen. Das Abendbrot war das eigentliche Haupttreffen und wurde in drei Gänge getheilt. Im ersten erschienen Eier, Brot, leichte Pflanzenspeise, besonders Lauch, mit pikanter Sauce und zarte Fische. Bei diesem Gange wurde nur „mulsum“ getrunken.

Der zweite Gang brachte die Entscheidung; jetzt wurden Balisten und Katapulten aufgeföhrt. Ein gebratenes wildes Schwein kam ganz auf den Tisch, ihm folgten eine Menge niedlicher Kleinigkeiten, Hasen, Tauben, Pfauhühner, Flamingos, Straußeneier, seltene Fische, Papageiköpfe und Nachtigallenzungen. Der Wein wurde durch Schnee gekühlt. Dann folgte der dritte Gang als Nachtisch. Früchte, Pasteten und tausende Delikatessen, wie sie nur ein genussüchtiger Römer aufstreuen konnte. Selbst bei den vornehmsten Römern spielten natürlich die Finger die Hauptrolle, mit ihnen wurden die Speisen genommen, nur bedienten sich die Römer zum Abwischen der Hände, anstatt der Brotkrumen wie die Griechen, besonderer Handtücher, die jeder Gast zur Tafel mitbringen mußte. Die Frauen aßen mit den Männern, aber sie saßen, während die Männer sich auf Sofas niederließen. Die Sklaven zerschneiden das Fleisch, nach dem Klänge der Musik.

Die Aegyptier brauten Bier aus Gerste, buken Brot von dem Samen des Pappos und preßten Del aus Oliven. Vielleicht hat den Aegyptier nur sein Bier so schwer und ernst gemacht, wie jetzt den Baiern, denn das Sprichwort: „Gott ist kein Baier“, will doch nur sagen: „Gott ist kein schwermüthiger Grillenfänger.“ Die ungeheure Fruchtbarkeit des Bodens, die im Nithale jährlich vier Ernten gab, lieferte einen Ueberfluß von Pflanzenernährung und der Nil selbst brachte reichlich Fische. Aus Fischen, Votos, Knobloch, Melonen und Datteln bestand die Hauptnahrung der Armen. Diejenigen, welche sich den Genuß von Fleisch gestatten durf-

ten, liebten besonders Wachteln, Enten, Gänse und Rindfleisch; sehr oft wurde das Fleisch etwas eingesalzen und ungekocht verzehrt. In Aegypten war die Gans zwar der Isis und dem Osiris geweiht, aber die Priester ließen sich doch von frommen Leuten eine große Menge Gänsefleisch bringen. Die Pharaonen lebten sogar fast nur von Gans- und Ochsenfleisch und wie Dioskor erzählt, verstanden die Aegyptier schon die Kunst, Gänse- und Hühner-eier vor der Zeit ausbrüten zu lassen. Die Getränke waren zahlreich. Während eines Festmahls wurde ein Sarg mit einem von Holz gemachten, übermalten Leichnam herumgetragen, der als hölzernes „memento mori“ jedem Gast gezeigt wurde, damit er sich erinnere, daß er einst sterben und den jetzigen Augenblick darum recht genießen müsse. In ägyptischem Geiste singt Byron:

„Wie Alexander denk' ich, daß der Alt
Des Essens, auch manch' andrer noch dazu,
Stets uns mit Sterblichkeitsgefühlen packt.“

Die Aegyptier saßen bei Tische und gebrauchten einen hölzernen oder hörrernen Köffel. Tanz und Musik belebten das Mahl.

Von den Aegyptern zu den Juden ist nur ein Schritt. Beide haben ja einmal bei einander gewohnt.

Die Juden machten das Abendbrot zu ihrer Hauptmahlzeit. Gewöhnlich frühstückten sie nicht eher als nach dem Morgengebet. Am Sabbath wurde gar nicht frühgestückt. Vor und nach dem Mahle wurden die Hände gewaschen und ein Dankgebet gesagt. Fleisch und Zugewürze wurde in Schüsseln herumgereicht und die Gäste bedienten sich der Finger und Brotkrumen, so gut es ging. In der frühesten Zeit saßen sie bei Tische, später kam das Lagern auf Polstern in Aufnahme; vielleicht hatten sich die Juden diese süße Gewohnheit, wie so vieles Andere, aus der babylonischen Gefangenschaft mitgebracht. Eine Menge Fleisch war verboten: das Fleisch von Thieren, die eines natürlichen Todes gestorben, die von andern Thieren getödtet worden, oder wenn von Menschenhänden geschlachtet, nicht genug Blut verloren hatten. Blut, oder Fleisch aus dem noch Blut quoll, zu essen, war ein Verbrechen, auf das Todesstrafe stand. Einige Fetz- und Fleischtheile, Schweine, Hasen und Kameele, Esel, Hunde, viele Vögel und kriechende Thiere, einige Fische, waren überhaupt verboten. Fleisch und Milch durften in keine Verührung mit einander gebracht werden.

Trotz all' dieser Einschränkungen haben die Juden bis zum heutigen Tage sich stets vortreflich zu nähren gewußt, ja ihre Küche ist als üppig und vorzüglich bekannt — sie haben einmal zu tief in die Fleischkistpe Aegyptens geblickt. (Schluß folgt.)

deutschen Vaterlandsfreundes vertrieben, und wir erwarteten, daß Graf Bismarck nun „das höhere Dritte“ finden würde, unter das sich die verlassenen Völker unterordnen müßten. Wir glaubten, daß nun das Volk von ganz Deutschland berufen werden würde, um Alles dies in Ordnung zu bringen. Aber nun, da die preussische Regierung es ganz in ihrer Gewalt hat, ihren Plan auszuführen, da ändert sie plötzlich ihr System, sie bleibt an der Mainlinie stehen und beschließt sich fortan nur damit, den preussischen Staat zu vergrößern. Meine Herren, es hätte in der Macht der Regierung gelegen, ein ganzes Deutschland zu schaffen, aber sie wollte nur einen spezifisch preussischen Staat. Die gegenwärtige traurige Lage, in der wir uns als Deutsche befinden (Rechts: Doh!), sie besteht bloß darin, daß nicht ein deutscher Geist, sondern ein preussischer unsere Geschichte lenkt. Das großartige Reformprojekt des Grafen Bismarck schrumpft so zu einem norddeutschen Bunde zusammen. Es ist dies das Traurige, was jeder Deutsche von je als ein Nationalunglück befürchtet hat, es ist die Teilung Deutschlands. Ich versichere Sie, kein deutsches Gemüth wird damit einverstanden sein, daß Deutschland seine schönen Gauen dem „preussischen Wesen“ überliefert, und nachdem wir bisher den Verlust jedes Fußbreits deutschen Landes mit großer Angestrengtheit überwand, wird, so hoffe ich, die deutsche Nation es nicht verdammen, daß jetzt ihr schönes Vaterland in zwei Theile gespalten wird. Ich hoffe, es gibt noch deutsche Männer, die ein Gesamt-Deutschland schaffen wollen.

Abg. Stroffer (für die Kommissionsanträge): Das, was der Vordredner als tabulärwerth an dem vorliegenden Gesetze bezeichneter, ist für mich gerade ein Grund es anzunehmen. Die Gründe, die mich und meine Freunde bestimmen, trotz unserer früheren Ansicht dennoch für das Gesetz zu stimmen, will ich Ihnen kurz auseinandersetzen. — Als die gegenwärtige Staatsregierung den Vorschlag machte, ein deutsches Parlament zusammenzubringen, mußte dies allerdings der konservativen Partei befremdend erscheinen, zumal man schon bei dem Namen „Parlament“ an das Jahr 1848 und Alles, was daraus und daran hängt, denken muß; an jenes große staatsbürgerliche Schauspiel, das sich bald zur Tragödie gestaltete und 1849 im Rumpfparlament als kleinliche Komödie endete. Was uns ferner zurückdrückte, war der Gedanke der Volkshoheit, und vor diesem Gedanken, m. H., hegen wir dieselben Empfindungen, die neulich der Abg. Böme so scharf und rücksichtslos in Bezug auf die Fürsten ausgesprochen hat. — In Betreff der Stellung zu Oesterreich hegen wir gleichfalls Bedenken, da man nicht annehmen konnte, daß es möglich wäre, jenen Staat, den tausendjährige Erinnerungen an Deutschland fesselten, aus Deutschland herauszubringen. — Ein ferneres Bedenken für uns war das, daß die Preußen abgeneigte Bevölkerung und die Regierungen von Süddeutschland, ebenso wie norddeutsche Elemente in den Bundesstaat aufgenommen werden würden, von denen anzunehmen war, daß sie nur hemmen und hindern und die preussische Regierung schwächen würden. — Außerdem hegen wir die Befürchtung, daß durch den Beitritt der süddeutschen und norddeutschen Demokratie die preussische Demokratie noch verstärkt werden würde, die unserer Regierung schon genug zu thun gemacht hat. (Große Heiterkeit links.) Heute aber ist Oesterreich aus Deutschland herausgedrängt und durch die Abgrenzung der Mainlinie ist wenigstens vorläufig der Süden von uns abgetrennt; das halte ich für einen der größten Vortheile. Später, wenn es vorteilhafter für Preußen ist, wird sich schon eine Gelegenheit zur Wiedervereinigung finden, das können wir ruhig der Zukunft überlassen. Auch der Widerstand der norddeutschen Staaten ist gebrochen; Hannover, Kurhessen und Nassau sind mit Preußen vereinigt und dadurch ist Preußen glücklicherweise im norddeutschen Bunde so stark, daß der Bund kein solches Gewicht hat, um Preußen ein anderes Gesicht geben zu können; deshalb begrüße ich den norddeutschen Bund mit Freuden, gerade im Gegensatz zu meinem Vordredner.

Mit dem uns vorliegenden Gesetze sind allerdings zwei neue Prinzipien in unsere bisherigen staatlichen Einrichtungen aufgenommen worden. Das erste ist das der allgemeinen direkten Wahl. Dies hat die konservative Partei bisher nicht in t Freuden betrachtet; so lange wir aber eine andere ständische Gliederung nicht haben, können wir nur die Wahl haben, zwischen unserem bisherigen Wahlsystem und dem neu vorgeschlagenen; und da kann für uns nur die Rückficht maßgebend sein, welches System für die konservative Partei vortheilhafter ist. Im Jahre 1850 nun ist für uns ein gutes Resultat mit dem alten System erzielt worden; später aber hat sich gezeigt, daß vom konservativen Gesichtspunkte aus damit nicht viel zu erreichen ist, wenn die Regierung nicht eine ungeborene Energie dabei entwickelt, (sehr gut: links.) Wir hoffen und glauben aber, daß der neue Wahlmodus uns mehr zu Gute kommen wird, als Ihnen, meine Herren, und deshalb stimmen wir dafür. — Ebenso ist es mit der geheimen Abstimmung durch Stimmzettel. Allerdings halten wir es für richtiger und wünschenswerther, wenn Jeder freisch, frei und offen seine Stimme abgibt. (Große Gelächter links.) Sie selbst, meine Herren, betonen ja immer so viel den „Mannesmuth vor Fürstenthronen“; da aber die Staatsregierung auch das neue System gewünscht, werden wir gleichfalls dafür stimmen. (Große Heiterkeit links.) Wir haben dadurch den Vortheil, daß auch die Wahlbeeinflussungen von ihrer Seite (nach links deutend) wegfallen. Ich kann deshalb, meine Herren, freudigen Herzens für den Kommissions-Antrag stimmen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Virchow (gegen den Kommissionsantrag): Meine Herren! Es ist ein sonderbares Schauspiel, das wir jetzt erleben, daß nämlich plögl ich Institutionen die lebhafteste Benennung auf jener Seite (nach rechts deutend) hervorgerufen, die früher von dort auf das Heftigste bekämpft worden sind. — Ich hätte geglaubt, daß das Gefühl, mit dem das Haus in diese Beratung eintreten würde, eher einer stillen stillen Resignation gleichen würde, und hätte dies für angemessener gehalten, in einem Augenblicke, wo der Gewalt thätigster Verhältnisse gegenüber die verschiedenen Parteien einen Theil ihrer Ansichten auf dem Altar des Vaterlandes opfern. — Ich hätte aber nicht geglaubt, daß die innere Ueberwältigung so weit gehen könnte, wie bei dem Abg. Stroffer, der in enthusiastischer Voberscherbung einer Politik ausgebrochen ist, die vollständig gegen die Prinzipien seiner Partei gerichtet ist, und immerhin nur ein zweifelhaftes und bedenkliches Experiment darstellt. — Es ist dies ein neuer Beweis dafür, daß unser politisches Leben noch sehr neu ist, und daß uns deshalb noch Manches an politischer Reife fehlt. Ich, meine Herren, das gestehe ich offen, kann nur mit dem Gefühl einer gewissen Bellemmung auf die nächste Entwicklung unseres Vaterlandes sehen.

Die Regierung hatte zwei Möglichkeiten. Sie konnte zunächst auf dem vollen und wahren Weg des Parlaments die Hoffnungen und die Wünsche des deutschen Volkes zu erfüllen sich bestreben. Als der große Krieg, den wir jetzt hinter uns haben, noch in Vorbereitung war, hätte die Staatsregierung sehr wohl, daß es notwendig wäre, auf die natürlichen Gefühle der Nation zurückzugehen; dies beweist die Erklärung im Staatsanzeiger vom 16. Juni, in der als Grundlage des neu zu gründenden Bundes die lebendige Einheit der Nation genannt, und die Konstitution einer solchen lebenskräftigen Einheit als die Pflicht der Regierung und Volksvertretung bezeichnet wird. Zwei Tage später, am 18. Juni, sprach sich das Kriegsmanifest des Königs in ähnlicher Weise aus; am Schlusse desselben heißt es nämlich: „verleibt uns Gott den Sieg, so werden wir auch stark genug sein, dem lofen Band, welches Gott die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhält, auch wider den Willen derjenigen, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, eine andere bessere Gestaltung zu geben.“ In feister und feierlicher Weise konnte doch wohl kaum ein solches Versprechen abgegeben werden; und nach dieser Zusicherung hätte man wohl erwarten können, daß der Ausdruck, den die Staatsregierung für das neue Band finden würde, ein etwas anderer wäre.

Wenn der Herr Berichterstatter nun gesagt hat, daß es ein Unfinn wäre, wie die Sachen jetzt liegen, von einer Berücksichtigung Deutschlands zu reden, so wird er mir wohl erlauben, daß ich mit meiner Logik zu einem anderen Standpunkt komme und gerade nichts anderes, als eine Berücksichtigung vor mir sehen kann. Ich verstehe es wohl, daß Jemand in seinem Enthusiasmus zu der Anschauung kommen kann, daß ein Theil mehr ist, als das Ganze, glaube aber nicht, daß eine besondere Form des Denkens dazu gehört, die mich dazu bringt, in dem norddeutschen Bunde eine Gestaltung zu erblicken, welche eine vollständige Berücksichtigung Deutschlands fest auspricht. Nun wird zwar von einer Seite gesagt, es sei dennoch wohl noch Hoffnung auf eine spätere Einigung vorhanden; die Zeit dafür werde schon kommen; ich glaube aber, daß die Befürchtung mindestens ebenso gerechtfertigt ist, daß die Zeit doch vielleicht nicht kommt; der Gang der geschichtlichen Entwicklung spricht jedenfalls mehr für mich, als für jene Herren. — In dem Anschlusse Süddeutschlands sehe ich lediglich die Ablösung eines großen Stückes deutscher Erde von dem gemeinsamen Körper. Bis jetzt hat dies traurige Privilegium nur das Haus Habsburg für sich in Anspruch genommen; dadurch sind für Deutschland die Schweiz, die Niederlande, Elsaß und Lothringen verloren gegangen. Das Haus Hohenzollern hat aber im Gegensatz hierzu seinen geschichtlichen Beruf, ein Mehrere deutschen Landes zu sein, verfolgt. Soll es

jetzt demselben untreu werden? — Sie sagen nun, meine Herren, dadurch, daß Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt ist, wäre die Gelegenheit gegeben für eine neue Entwicklung Preußens; dabei scheinen Sie aber nicht zu bedenken, daß ein solcher Friedensvertrag keine Sicherheit für immer gewährt, und daß Oesterreich gerade durch die Isolierung der süddeutschen Staaten sehr bald dazu kommen kann, neue Verbindungen mit denselben anzuknüpfen.

Wenn der norddeutsche Bund nur eine vorübergehende Schöpfung sein sollte, um den Uebergang zu einem ganz einigen Deutschland zu bilden, dann würde auch ich ihn mit Freuden begrüßen. Aber das Verhalten der Staatsregierung giebt uns hierzu keine Hoffnung; denn dieselbe hat ja erst kürzlich mit dem Großherzogthum Hessen einen Vertrag dahin abgeschlossen, daß dies Land mit seinem nördlichen Theile in den norddeutschen Bund eintreten solle, mit dem südlichen aber nicht. Zu einem solchen Vorgange, meine Herren, müssen doch sehr gewichtige Gründe vorliegen, welche eine Verbindung mit Süddeutschland auch für die Zukunft als unmöglich erscheinen lassen. — Welches mögen nun wohl die Gründe sein? Sollte am Ende gar der Herr Abgeordnete für Bielefeld Recht haben, daß man wünscht, der Demokratie die Spitze abzubrechen und der liberalen Strömung ein Ende zu machen? Dann verstünde ich es wohl. Der sollten etwa die Erfolge der preussischen Waffen nicht so groß sein, und dagegen der Einfluß der Verwandtschaft mit Rußland oder die besondere Sympathie mit Frankreich von so entscheidendem Einfluß, daß ein einiges Deutschland nicht zu Stande gebracht werden könnte? Wenn ich den Ausdruck des Herrn Referenten billigen könnte, so möchte ich hierauf als Antwort das Wort „Unfinn“ geben.

Meine Herren! Das Hinauswerfen bestimmter Abschnitte eines Staates aus der Union, die Begründung der Mainlinie, die Freigebung der süddeutschen Staaten, Alles ist für mich ein Grund dringender Besorgnis; und es ist dies ein Beweis dafür, daß nicht bloß die Gewalt der Thaten eine solche Trennung deutschen Landes und Volkes hervorgerufen, sondern daß es darauf angelegt ist, Süddeutschland hinauszuwerfen, weil zu viel unüberwindliche Gesellen dabei sind, weil der Freiheitsdrang in Süddeutschland als ein ungeheures Element erscheint in der neuen Aera des norddeutschen Bundes. (Sehr gut.) Ich würde sehr gern meine Freuden und meinen Dank gegen die Regierung aussprechen, wenn sie dem norddeutschen Bunde wirklich eine andere Gestaltung geben wollte, wenn er ein Sieg der Freiheit, eine Burg der freibethlichen Gestaltung des Volkslebens werden sollte. — Die Regierungsvorlage ist aber leider nicht so beschaffen, daß sie einer solchen Hoffnung auch nur die geringste Berechtigung verleihen könnte.

Die Kommission aber, meine Herren, hat dem zu berufenen Parlamente noch das große Siegel der Impotenz aufgedrückt durch die Annahme des §. 1. wonach dasselbe nur beratende Gewalt haben soll. Das norddeutsche Parlament, die größere Versammlung soll darnach unter der Kontrolle des preussischen Abgeordnetenhauses, das gewissermaßen nur eine Provinzialvertretung diesem gegenüber ist, stehen! Diese Art von norddeutschem Bund, m. H., ist doch gewiß ein sehr schwächliches Surrogat für das, was das deutsche Volk unter einem deutschen Parlamente versteht; und ich fürchte sehr, daß auf diese Weise der deutsche Reichstag und der preussische Landtag sich vollständig paralysiren und gegenseitig abschwächen. — Ich kann, m. H., in einem solchen Reichstage nichts anderes sehen, als eine neue Selbstvergiftungsmaschine für die Regierung. Früher hielten sich die Regenten Alchimisten, um sich Geld machen zu lassen; heute hat diese alchimistische Aufgabe die Volksvertretung, und wir sehen ja, daß mit der neuen Aera nach der Schlacht bei Königgrätz dieser alchimistische Gesichtspunkt sehr in den Vordergrund getreten ist. Wir haben schon kürzlich einen großen Kredit bewilligt, und werden in der nächsten Zeit neue Zumlutungen in dieser Beziehung erleben; diese Zumlutungen werden sich aber noch steigern im deutschen Reichstage. Die Regierung hat ja selbst schon die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bewilligungen dieser Volksvertretung eine solche Höhe erreichen würden, daß sie aus den Ersparnissen einen deutschen Kriegsschatz noch neben dem preussischen Staatsschatz zu bilden gedenkt.

Ich aber, meine Herren, glaube, daß dem deutschen Volke durchaus nicht damit gedient ist, zu so viel schon bestehenden Selbstvergiftungs-Maschinen noch eine neue große Generalmaschine zu erhalten. Es wäre wirklich besser, wenn die Regierung statt an den nationalen Geldbeutel, an die nationale Kraft und Begeisterung appelliren wollte. Wenn man von diesem Gesichtspunkte aus verfähre und ein deutsches Parlament konstituirte, wenn man uns dann klar und deutlich sagte, welche Rechte dies bekommen sollte, dann würden wir die Opfer zu Gunsten desselben auch bereitwillig an dem Altare des gemeinsamen Vaterlandes niederlegen; ob sich dann der Abg. Stroffer auch mit vollem Herzen bereitwillig dazu finden würde, ist allerdings wohl fraglich. (Weiterkeit.) Jetzt aber, meine Herren, macht die Regierung gar keine Andeutungen, gar keine Vorschläge darüber, welche Rechte der neue beratende Körper bekommen soll. Die Konstitution eines solchen vollkommen machtlosen Körpers, der keine andere Gewalt haben soll, als die seiner Stimme und Vorentscheid, kann ich aber nur als ein sehr gefährliches Experiment bezeichnen und meinerseits eine Zustimmung dazu nicht aussprechen. Es ist dabei noch zu bedenken, daß bei der bevorstehenden Wahl durchaus nicht die Begeisterung vorhanden ist, wie 1848 bei der Wahl zum deutschen Parlament; und die Frische der Ueberzeugungen von 1848 wird man vergeblich suchen in diesem Körper, der nur hingestellt ist, um zu beraten.

Um so mehr muß ich mich darüber wundern, daß auf der Mednerliste zwei der Präsidenten jenes alten Parlaments sich befinden, die in der Lage sind, für die jetzige Vorlage der Regierung zu sprechen. Wenn diese mir nachweisen könnten, daß der norddeutsche Reichstag wirklich ein guter Anfang für das deutsche Parlament werden wird, würde ich mich allerdings ihrer Ansicht gern unterordnen. — Bis jetzt aber muß ich gerechtes Mißtrauen hegen und befinde mich weder sachlich noch persönlich in der Lage, dem Gesagtenworte zuzustimmen zu können. (Bravo, links.)

Abg. v. Carlows (für den Gesetzentwurf). Freudig folge ich der Regierung, die den Alp des Bundestages endlich niedergeworfen, obwohl ich kein Freund der Mainlinie bin. Aber „es fällt kein Baum auf den ersten Hieb“. Und was die Hiebe anbelangt, die aus der Hand des Grafen Bismarck bis jetzt gegen den Erbbaum, in dessen Schatten die deutsche Einheit verkrümmte, gefallen sind, so waren es, um mit Schiller im Fiesko zu sprechen, „deutsche tüchtige Hiebe“ und vielversprechend für die Zukunft. Allerdings ist ein Bundesstaat monarchischer Staaten ein Experiment. Es fehlt seiner Lebensfähigkeit die freie Einwilligung, der freie, gute Wille der beitretenden Regierungen und Völker. In Erfurt standen keine Chancen günstiger. Zwar hatte die Scheu vor der Revolution die Regierungen in den Bundesstaat hineingeschoben, aber es war doch mehr freier Wille vorhanden als jetzt. Damals galt er als Rettungsmittel vor der Revolution wenigstens in dem Mittelstaate, in dem ich damals lebte; alle Patrioten sollten dem Könige, der diesen Ausdruck in seiner Proklamation brauchte, folgen. Heute ist zum Theil der Krieg die Ursache, daß es anders ist. Die Völker wären durch ein liberales, verfassungstrennes Regiment in Preußen allerdings zu gewinnen, für die Nemten der Fürsten aber giebt es kein Rezept, da sieht meine Weisheit still. Auch das Verhältnis der Staaten zu einander war zur Zeit der Union nicht so disparat wie jetzt, wo die Kleinen zu Vasallen werden und die preussische Sonne wie Planeten umkreisen müssen. Jetzt kann vielleicht nur Sachsen ein Gegengewicht gegen Preußen im norddeutschen Bunde ausüben. Diese Präponderanz Preußens ist nichts weiter als der Wegweiser zum Einheitsstaat. Den Kleinen eine verhältnismäßig stärkere Vertretung einräumen wollen, wäre eine Beeinträchtigung der preussischen Staatsangehörigen.

Was das Verhältnis von Oberhessen betrifft, so beklage ich, daß man den Erbfehler des deutschen Bundesrechtes, wenn auch diesmal in homöopathischer Dosis dadurch vergrößert hat, daß man einen deutschen Staat getheilt, ihn mit dem einen Theil nach dem süddeutschen mit dem andern nach dem norddeutschen Bunde gewiesen hat. Wegen der Mainlinie tröste ich mich und halte sie nur für ein Uebergangsstadium, eine Abschlageszahlung auf die deutsche Einheitsidee. Ich will die Regierung deshalb nicht tadeln, daß sie sich in dieser Frage Einflüssen von Außen nicht entziehen konnte. Ich weiß, daß das Kritiriren viel leichter ist als das Bessermachen. Uebereinstimmend ist mir nur die Vorliebe der Regierung für Baiern. Sachsen hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß es uns entgegensteht; Baiern aber hat ein fallisches Spiel gespielt, sich Anfangs zu einer gewissen Neutralität bekannt und erst die Wafte fallen lassen, als ihm die Belegung der Bundesfestungen übertragen werden sollte. Baiern hat es nicht um Preußen verdient, daß ihm die Führung des süddeutschen Bundes übertragen wird, dessen Lebensfähigkeit freilich noch problematischer ist als die des norddeutschen. Baden und Württemberg werden sich zweimal befinden, ehe sie Baierns Hegemonie anerkennen. Solche Eifersüdttheilen verschwinden nur gegenüber einem großen Staat wie Preußen, von dem ich wünsche, daß es mit allen Mitteln, das Rindnadelgewehr ausgenommen, die Mainlinie überschreiten möge. Dann wird Deutschlands Einheit fertig sein mit der alleinigen Ausnahme Deutsch-Oesterreichs, das uns noch längere Zeit entfremdet bleiben wird, und wenn ich

nach ein Uebiges thun soll, so will ich großmüthig sein und auch noch Pöbelstern dazugeben, mehr aber nicht.

Abg. Dr. Libelt (gegen den Kommissionsantrag.) Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich die Vorlage vom deutschen Standpunkte aus beleuchte; ich kann dies nur vom Standpunkte derjenigen Nationalität aus, der ich angehöre, der polnischen. Von diesem Gesichtspunkte aus bin ich ganz damit einverstanden, daß der norddeutsche Bund die Grundlage für die künftige Einigung Deutschlands sein soll; insofern ist dieses Vablagelges auch für uns (die polnische Fraktion von hoher politischer Bedeutung. — Die polnische Bevölkerung, m. H., sowohl im preussischen Staate als außerhalb desselben, ist, wie im Jahre 1848 so auch jetzt, der Rekonstruktion eines kräftigen einheitlichen Deutschlands durchaus nicht abgeneigt, begrüßt dieselbe vielmehr in ihrem eigenen Interesse mit Freuden, indem sie glaubt, daß mit Anerkennung des Nationalitätsprinzips auch die polnische Frage ihrer Lösung näher gerückt wird.

Nu meinem Bedauern muß ich allerdings konstatiren, daß durch das von der Regierung vorgelegte Wahlgesetz dieses nationale Prinzip wieder verlegt worden ist, da nach §. 1. desselben Preußen mit allen seinen Provinzen, also auch derjenigen, in der die polnische Bevölkerung sehr zahlreich vertreten ist, in den norddeutschen Bund eintreten soll. Da aber der norddeutsche Bund nicht preussisch, sondern rein deutsche Fragen zu verhandeln hat, so ist es unbegreiflich, daß man ein fremdartiges polnisches Element mit hineinschieben will. — Die Behauptung des Herrn Ministerpräsidenten, daß die Sonderstellung, die wir hier in diesem Hause einnehmen, eine nur künftlich unterhaltene sei, muß ich als durchaus unrichtig zurückweisen; und ich begreife in der That nicht, wie er aus der treuen Pflichterfüllung der im preussischen Heere kämpfenden Soldaten polnischer Nationalität den Schluß ziehen konnte, daß diese deshalb Deutsche wären; im Gegentheil, gerade das polnische Nationalgefühl hat sie angefeuert zu treuer Pflichterfüllung und zur Erfüllung des Fahnenreides, und ich sollte meinen, daß wir gerade durch das so reich vergossene Blut unserer Landsleute auf den böhmischen Schlachtfeldern das Anrecht erworben hätten, die Schonung unserer nationalen Rechte und eine Amnestie derjenigen zu erlangen, die im letzten Hochverrathsprozesse verurtheilt worden sind. Dem gegenüber ist es ein eigenthümliches Verlangen, das man an uns stellt, unsere Nationalität aufzugeben.

Wenn uns dem gegenüber die preussische Verfassungsurkunde vorgehalten wird, die auch wir beschwören haben, so muß ich bemerken, daß die Verfassungsurkunde durchaus nicht im nationalen, sondern lediglich im staatsrechtlichen Sinne verstanden werden kann. Wir haben es, m. H., nie verleugnet, dem preussischen Staate anzugehören, aber immer die Zumlutungen von uns gewiesen, deshalb auch Deutsche sein zu müssen. Wenn wir nur unsere Pflichten als preussische Staatsbürger erfüllen, so muß es uns unbenommen bleiben, in den von uns bewohnten ehemals polnischen Landestheilen unser engeres Vaterland und in der Zusammengehörigkeit unserer Stammesgenossen unser weiteres Vaterland zu finden. Wir sind dazu auch berechtigt, weil uns beides verbrieft worden ist. Das natürliche Recht einer Nation, „zu existiren, zu atmen und sich zu einigen“, das der Hr. Ministerpräsident für die deutsche Nation in Anspruch nimmt, müssen wir deshalb auch für uns verlangen. (Nebener citirt hierauf verschiedene Stellen aus dem Wiener Vertr. von 1815 und anderen diplomatischen Aktenstücken, und stützt sich auf die Vorgänge bei der Wahl zum ersten deutschen Parlament, um daraus zu beweisen, daß es ungerecht und eine Verletzung internationaler Verträge sei, wenn man Polen und Westpreußen in den norddeutschen Bund, wie dies das Wahlgesetz ausspricht, einverleiben wolle.) Wir verwahren uns, fuhr Nebner fort, gegen jeden politischen Akt, der da bezweckt, die polnische Bevölkerung in Preußen zu einer deutschen zu stempeln, und legen überhaupt Protest ein gegen die Kompetenz des Hauses der Abgeordneten, internationale Verträge, die ganz Europa geregelt hat, einseitig zu ändern. Eine in diesem Sinne abgefaßte Erklärung von mir und meinen politischen Freunden lege ich auf den Tisch, des Hauses nieder. (S. unten.)

(Im Laufe der Diskussion sind der Ministerpräsident und der Kriegsminister eingetreten.)

Abg. Dr. Simon: Der Gegenstand der heutigen Tagesordnung beschäftigt einen Theil der älteren Mitglieder des Hauses heut zum dritten Mal. Als wir 1849 so weit waren, hatten wir keine Hoffnung mehr, das Werk zu beenden, 1850 war es ebenso. Hoffen wir heute besseren Erfolg! Unter den Männern, deren würdige Schatten aus der Erinnerung jener Zeiten in mir aufsteigen, ist das deutsche Volk keinem mehr verbunden, als Dahlmann, dafür, daß der Gedanke des deutschen Staates jetzt Wesen und Bildung bekommen.

Wie beklage ich, daß gerade er den heutigen Tag nicht mehr mit uns erlebt! Er würde nicht einstimmen in die Lamentationen jener Seiten, sondern wie Niebuhr vom Jahre 1813, so von unserer Zeit sagen: „Es erlebt zu haben, genügt, um das Leben eines Mannes selbst bei sonst trüben Erfahrungen zu einem glücklichen zu machen.“ (Beifall.)

Unser heutiges Ziel ist nicht die Reichsverfassung und ich nehme den Unterschied mit Befriedigung und Freude wahr. Es steht mir am wenigsten zu, über den Werth der Reichsverfassung von 1849 zu entscheiden. Wie geringfügig, wie unbedeutend und bescheiden auch mein Antheil an ihrem Zustandekommen ist, ich muß es doch aussprechen: wenn mein öffentliches Leben irgend welchen Inhalt hat oder gehabt hat, so ist es nur dieser. Sie hat es zuerst ausgesprochen, daß der deutsche Bundesstaat nur ohne Oesterreich möglich ist, daß wir mit Oesterreich vortrefflich in zwei Nachbarhäusern, aber unmöglich unter einem Dache wohnen können. (Sehr wahr!) Seitdem ist ein halbes Menschenalter vergangen, in welchem Jahre mit der Welt von Jahrzehnten an uns vorübergingen. Kann das Richtige von damals auch heute noch das Richtige sein? Vier Gesichtspunkte machen die Reichsverfassung noch unmöglich, erstens die Trennung von Oesterreich, zweitens haben wir die Regierungsgewalt nicht erst zu schaffen, sondern sie ist da, drittens haben wir nicht mehr wie 1849 ein zusammenhangloses Preußen — dafür danken wir Gott! (Beifall.) Wir hatten endlich 1849 ein verfassungsgeloses Preußen von uns. Ich behaupte trotz alledem und alledem, daß unsere Verfassung vom 30. Januar 1850 nunmehr ihre Kinderkrankheit überstanden hat. Ich habe sehr oft erlebt, daß man die Abneigung, ein Gebotenes anzunehmen, weil es zu viel ist, in die Form kleidet, es sei zu wenig. Ich bin Ende 1848 in der Lage gewesen, das Projekt der Nationalversammlung irgendwo zu exponiren. Es wurde sofort als unannehmbar bezeichnet, weil es Oesterreich aus Deutschland schaffe; wenn es ein Projekt gebe, durch welche alle avuls membra imperii wieder an Deutschland kommen könnten, das wolle man annehmen. Als ich sagte, da würde man am Ende auch an die russischen Distriktprovinzen denken müssen, hat man dies sehr übel genommen. Das Projekt der Regierung ist ohne Zweifel anfänglich unfassender gewesen, als das heut uns vorliegende und realisirbare und ursprünglich sollte wohl auch der Frieden erhalten bleiben. Trotz des Sieges hält jetzt die Regierung an ihrem Projekt fest und das rechne ich ihr zum vollen Ruhm an. Wir müssen allen unseren Verbündeten das gegebene Wort treu und sicher halten. Wir ernten jetzt den Lohn für die lange unvergessene Arbeit für Deutschland. Einen staatsgefühllosen Irrthum als jenen der Herren v. Beust u. s. w. kann ich mir nicht vorstellen, welche ihre Hoffnung auf den innern Konflikt bei uns bauten. Dennoch preise ich diesen Irrthum, weil er uns zum Kriege geführt hat, welcher unsere Stellung geklärt hat. Es ist richtig, daß der „norddeutsche Bund“ den Süden noch nicht umfaßt; deswegen weist er aber den Süden nicht von sich; er ist auch nicht einmal in außerdeutsche Hände gefallen; bald werden jene Deutschen ihre Hand über die flüssige Scheidelinie zu uns herüberreichen. Man darf nicht den norddeutschen Bund vorläufig auf der Seite liegen lassen, bis auch das Deutschland jenseits der Mainlinie zu uns getreten sein wird. Ich wenigstens kann die Teilung durch die Mainlinie als dauernd nicht nicht vorstellen; die Süddeutschen haben jetzt den wahren Werth der österreichischen Freundschaft kennen gelernt, ebenso wie Oesterreich den ihrer Freundschaft. Eine solche geographische Scheidelinie ist, wie wir das in Amerika beim Missouri-Kompromiß gesehen haben, unendlich gefährlich, wenn sie mit scharf ausgeprägten sittlichen und politischen Gegensätzen zusammenstößt, aber wir sind ja alle überzeugt, daß auf den beiden Ufern des Main gleichartige Stämme wohnen. Die Vereinigung wird nicht einmal lange ausbleiben, wenn wir auch ihre Stunde nicht vorher bestimmen können. Das Zusammensein wird allerdings nicht sofort, sondern später eintreten, aber dann auch eben besser, und was gut geschieht, das geschieht auch überall schnell genug. Das Lied sagt: Das ganze Deutschland soll es sein! Aber ich verstehe es nicht, wenn man sich mit einer von allen realen Verhältnissen loslösenden Abstraktion bemüht, die jedesmalige — ich will nicht sagen, reinste — aber schneidendste Formel für seine Gedanken zu finden. Der Abg. Groote hat von seinen Träumen gesprochen. Wir werden ihn sicherlich nicht darin hören wollen, (Weiterkeit.) aber die Aufgabe ist doch nicht in ewiger Schnjucht nach dem Ziele sich dasselbe bloß träumend vorzutreiben, sondern die erste Arbeit

(Fortsetzung in der Beilage.)

der Wanderung nach diesen Ziele anzutreten und von dem abzugehen, was man Meales und Papaples unter seinen Füßen hat. Dann werden die sich bekämpfenden Prinzipien jedesmal ihre Ausdehnung finden, welche sie am Eingang jeder neuen Epoche suchen und das ist nützlich, als wenn der Anfang mit der absoluten Unterwerfung der einen Seite gemacht wird. So fällt uns im günstigen Augenblick, wenn er wieder so geschieht benutzt wird, wie in diesem Jahre, die Frucht von ihrer eigenen Fülle schwer in den Schooß, die wir jetzt vielleicht halbwegs und zu einer sehr dürftigen Nachreife hätten vom Baume herunterreißen können. (Sehr gut!)

Auf die Attraktion des Nordens auf den Süden können wir sicher rechnen zumal jetzt Preußen vergrößert das kleinere um so stärker anziehen muß. Die Vertheilung der Verfassung und Einrichtung des neuen Bundesstaates ist nach dem unter Zustimmung der Regierung inserierten §. 1. Zweck des zu verfassenden Parlamentes. Das Parlament kann aber nicht konstitutiv ausgerichtet sein, da es nur ein Parlament ad hoc ist, welches einmal zusammentritt, um die Grundzüge der Verfassung niederzulegen. Dem andern Parlament dann das Reklut der Wahlen auf Grund dieses Reichswahlgesetzes durchaus ungewiß; 3 große Wahlprinzipien sind zugleich darin ausgesprochen in ihrer ganzen Klarheit. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich die Auffindung der besten Wahlprinzipien nicht für so unendlich wesentlich halte, weil sich durch jedes Wahlgesetz eine wirklich herrschende Stimmung Bahn bricht. Hier soll ja aber gar nicht die Annahme der drei Wahlprinzipien für immer ausgesprochen werden, definitiv wird das zu ändern Zeiten erlebte werden. Wir gehen mit dieser Vorlage, weil sie nur diesem einen Zweck gilt und weil die Regierung sich dafür vertragmäßig engagiert hat. An sich ist es allerdings ein Systemkontrakt, die Wahl vor der Feststellung der Rechte eintreten zu lassen; aber 1848 haben wir ebenso gewählt, 1850 entgegengesetzt, und es ist uns beide Mal mißglückt; aus dem Früher oder Später läßt sich kein Schluß ziehen. Manche Zusätze, welche beantragt worden sind, werden meine Freunde und ich ablehnen, ohne mit ihnen Grundgedanken unzufrieden zu sein; was wir genehmigen ohne Rückhalt. Von der „Indemnität“ hoffen wir, daß man bald nicht mehr davon sprechen wird. Der Ausdruck des Herrn Abg. Stroffer, daß er eine neue ständische Gliederung die Wahlen befehligen solle, ohne daß dadurch das „liebe Mittelalter“ wieder hergestellt zu werden brauche, erinnert mich an eine Scene aus dem herrlichen Zimmermann'schen Roman, dem Münchhausen. Beziehen sie sich wohl der alte Baron — ein trefflicher alter Mann, fängt darüber nachzusinnen an, wie eigentlich das deutsche Reich hätte abhandeln können, und wie der Hefelstramm'sche Fürstentum hätte aufrufen können zu regieren, und insbesondere wie er, der Baron selbst nicht mehr gebornes Mitglied des geheimen Rathes sein sollte. (Heiterkeit.) Bei diesen Betrachtungen kommt er über die ersten beiden Probleme einigermassen hinweg; aber in dem dritten, dem Geheimrathsproblem, da bleibt er stecken (Große Heiterkeit), und da entschließt er sich den kurz und gut zu der Annahme, von der mir auch der Herr Abg. Stroffer auszugehen schien, daß Alles jetzt Bestehende nur ein vorübergehender Zustand sei und die gute alte Zeit doch bald wiederkomme. (Heiterkeit.) Der Baron entschließt sich dann, wie es in dem Roman heißt, in dieser Ueberzeugung zu leben und zu sterben, und meine Herren, bei dieser Ueberzeugung wollen wir es denn auch ruhig bewenden und ihn insbesondere dabei verbleiben lassen. (Heiterkeit.)

Ich kann, meine Herren, nur nochmals die Aufforderung wiederholen, dem vorliegenden Wahlgesetz zuzustimmen, ich denke, wir wissen aus unserer Geschichte, daß unter Welt manchen traurigen Winter überlebt hat, einen daunter von dreißig Jahren. Es ist zu seiner Vervollständigung und zu seinem Fortschritt nicht auf ebenen Boden, nicht in sanfter Bewegung gekommen; aber, meine Herren, es hat um so häufiger und um so herrlicher seine Blüten und seine Früchte wiederholt, — und nach der Befestigung Schleiermachers aus den schweren Jahren 1806—1812 — sich als ein ausdauerndes Gewächs im Garten Gottes erwiesen. Alle Konfigurationen deutscher Erde, auch so große, wie die Heintichs des Kores, sind zu Grunde gegangen und die großen Kaisergeschlechter sind in ihr Grab gestiegen; aber die Aufgabe des deutschen Staates ist stehen geblieben und das Erbtheil unserer Monarchie geworden.

Wollen Sie, me. H., ein Deutschland, überall im Aufstehen und Voranschreiten begriffen, frei und einzig in sich, überall geachtet; wenn es sein muß, gefährdet, und doch nirgends gehaßt, der mächtigste Staat in diesem Erdtheil, und doch keine Drohung für die Freiheit irgend eines Nachbarstaates, dann gehen Sie getrost den Weg, zu welchem Ihnen der erste Schritt durch die Annahme der gegenwärtigen Vorlage gebahnt wird. Stimmen Sie für die Vorlage! (Beifall rechts.)

Abg. v. Gerlach. Meine Herren! Der Referent hat uns am Eingange vorgetragen, es handle sich nicht um eine Zerstückelung Deutschlands, es sei vielmehr Unfuss, davon zu sprechen. Der Abg. Virchow hat sich dazu in Gegensatz gesetzt und der Herr Vorredner hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß wir doch nicht die süddeutschen Staaten aus Deutschland herausgeworfen haben. Dagegen erlaube ich mir die Frage: Wer hat denn die süddeutschen Deutschen aus Deutschland geworfen? Alle drei Herren aber werden gewiß darin einig sein, daß sie für ein großes ganzes und einiges Deutschland schwärmen, ich überlasse es ihnen, sich selbst darüber auseinanderzusetzen und erlaube mir, auf das eigentliche Thema überzugehen. Der Vertrag, durch welchen der norddeutsche Bund zu Stande kommen soll, soll von den Regierungen vereinbart werden, nachdem die norddeutsche Volksvertretung zuvor gehört sein wird. Bisher war es aber Sitte und Völkerecht, daß die Verhältnisse verschiedener Staaten zu einander nicht durch die Nationalvertretungen, sondern durch die Regierungen selbst geregelt wurden, in Deutschland ist das jetzt vorgeschlagene Mittel nur 1848 und 1850 zur Anwendung gekommen und ich glaube, daß dies Beispiel bei den Konservativen wenigstens nicht besonderen Beifall haben wird. Ich würde es für billiger halten, daß den Fürsten der internationalen Verkehr — denn von einem solchen muß auch zwischen den einzelnen deutschen Staaten gesprochen werden — (Hört! hört!) nach der alten Sitte überlassen würde. Inzwischen dürfte wohl die Autorität des Mannes, den wir an der Spitze der Regierung zu sehen alle die Freunde haben, genügen, uns über diese kleine Himmelfahrt zur Volksherrschaft beruhigen. (Heiterkeit.) Aber ich habe noch andere Bedenken gegen die Gesetzentwürfe und den Kommissionsentwurf; denn wie soll die Nationalvertretung hergestellt werden? Es lag wohl nahe, daß in den andern Ländern eine Wahl verlangt worden wäre, wie in Preußen. Jede Wahl — und das wird wohl nur von wenigen Herren des Fortschritts bezweifelt werden — ist an sich ein Unglück (allgemeine Heiterkeit); sie scheinen durch Ihr Vorgehen mir widersprechen zu wollen; das ist für mich aber um so mehr ein Beweis für die Nichtigkeit meiner Ansicht (Heiterkeit). Die Wahlen führen Vieles herbei, was uns Allen zuwider ist, das Aufregung des Volkes, das Intriguen u. s. w. (Heiterkeit links). Sie brauchen nur ins erste beste Dorf zu gehen und den Leuten mitzutheilen, daß wieder einmal gewählt werden soll, so werden Sie sehen, daß die übergroße Majorität — und auf Majoritäten geben Sie ja so viel — erklärt, daß das eine fatale Geschichte sei, überhaupt zu wählen (Heiterkeit). Ich hätte gewünscht, daß uns diese Qual des Wählens erspart werden wäre und sehr keinen Grund ein, wenn den kleinen deutschen Staaten diese Unannehmlichkeit nicht erspart werden kann, warum uns dann diese Strafe auferlegt werden soll (Heiterkeit). Aber wenn nun einmal gewählt werden soll, so hätte man doch wohl einen andern Modus finden können, welcher weniger Bedenken gegen sich hätte, als der jetzige. Was für Wahlen sollen denn nun vor sich gehen? Bis jetzt hatten wir das Dreiklassenystem, welches große Mängel haben soll, welches auch seine Zwecke nicht erreichen soll, wie man sagt. Es ist aber auf dieser Erde Alles mangelhaft (Heiterkeit), und wenn man einen Mangel findet, so muß man das Mangelhafte nicht sofort über Bord werfen, ohne etwas Besseres zu haben, sondern abwarten. Von der rechten Seite des Hauses wird im Prinzip wohl kaum Jemand sich für die Kopfzahlwahl erklären und nicht vielmehr für die durchbrochene Kopfzahlwahl. Diese reine Kopfzahlwahl ist ein atomistisches Volk voraus, aus dessen Wahlen eine Vertretung des „Arbeits“ als wie genannt wurde, hervorgeht. Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß ein Mann, der eine Quadratmeile Besitz hat, ein größeres politisches Gewicht hat, als einer, der eine Quadratstunde hat. Da wird gesagt, das Gewicht einer Menschenseele ist so groß, daß es auf den Besitz nicht ankommt, ja, das Gewicht ist ein hängt. (Heiterkeit.) Im Gesetzentwurf wird nur ein solches Drum-und-draus meine Heiterkeit. Das genügt nicht. Außerdem sprechen noch andere Gründe gegen die Annahme des Entwurfs, nämlich das direkte Wahlrecht. Es unterliegt sich von dem indirekten bekanntlich dadurch, daß die Beeinflussung von außen verschieden ist. Daß einfluß überhaupt bei jeder Wahl nötig ist, das ist ganz zweifellos; ebenso unzweifelhaft aber ist es, daß er von der natürlichsten Autorität dessen, auf den er geübt werden soll (Heiter-

keit), ausgehen muß. Im konservativen Interesse muß die nächste Autorität aufrecht erhalten bleiben. Ferner glaube ich auch nicht, daß die breiteste Grundlage die beste ist, ich halte sie für keine Grundlage. Wenn endlich der Herr Vorredner den Strom bezeichnet, welcher diese Vorlage angenommen machen wird (Heiterkeit), so giebt es dagegen ein Mittel, das Festhalten an den Grundgedanken und Prinzipien. (Allgemeine Heiterkeit. Bravo.)

Abg. Dr. Löwe (für den Kommissionsentwurf). Erlauben Sie mir nach der heitern Unterbrechung, die wir in dieser schweren Arbeit gehabt haben, unmittelbar in die Sache selbst wieder einzutreten. (Bravo.) Bisher hat Jeder gefragt, zu welchem Staatskörper man eigentlich die Wahl vornehmen solle, für welche Verfassung und zu welchem Wege der Politik. Der erste Redner hat sehr richtig bemerkt, daß durch die neue Abstimmung über die Incorporation auch der Würfel über das Wahlgesetz schon geworfen ist. Sie haben damit einen sehr schwierigen Weg betreten. Nachdem man uns so oft gesagt hatte, ein Bundesrat mit lauter souveränen Fürsten sei ein Umling, glaube ich würde man nun den Vortheil begreifen, wenn man nun einen Bundesstaat mit theilweise eingeschränkten Staaten schaffen würde, um so mehr, als die Aufgaben, die dem norddeutschen Parlament zu ausdrücklich zugewiesen werden sollen, solche sind, gewisse Lasten auf die neuen Landestheile zu legen. Diese hätten um so leichter den mit Fürsten versehenen Staaten übertragen werden können, wenn wir sie gleichzeitig auf solche übertragen, die ohne Fürsten sind, ohne daß diese schon absolut zu Preußen gehörten. Ich hatte mich also ganz auf den Boden gestellt, auf dem wir jetzt stehen, und darum kann ich auch die Kritik des Herrn Abg. Virchow in Bezug auf meine Konsequenzen nicht vollständig begreifen. Haben wir zu anderen Zeiten andere Arbeiten vollzogen, so waren diese auch für andere Verhältnisse bestimmt, nur wenn wir die jetzigen Veränderungen selbstständig mitgemacht hätten, dürfte die Frage an uns gerichtet werden, warum wir diesen Sprung gemacht haben, der nun eingetreten ist.

Meine Herren! Ich stehe auf dem Boden der vorhandenen Thatsachen, ich habe nicht irgend eine Tradition zu vertreten, und arbeite daher mit an der Arbeit, die ich gerade vorfinde. Ich glaube allerdings nicht, daß mit der Aufgabe, die Ihnen jetzt zugefallen ist, die Reichsverfassung absolut unverrückbar geworden wäre; aber da wir nun einmal in Nikolsburg stehen geblieben sind, in Folge einer Mißkalkulation — man hatte die Kräfte der Gegner fälschlich —, so müssen wir die Verhältnisse nehmen wie sie sind, und müssen versuchen, den Anfang zu machen auf einem Wege, auf dem möglicherweise ein Fortgang sein kann. Ich habe allerdings nur geringe Hoffnung darauf. Die Regierung finde ich, habe die Idee gehabt, wenn es zum Schlimmsten komme, müsse man sich in den Bundesstaat, und zwar in den Bundesstaat mit ganz Deutschland werfen. Jetzt hat sie einen ganz andern Weg eingeschlagen, ohne unsere Zustimmung allerdings. Lassen Sie uns aber trotzdem nicht die Verantwortung zuwerfen, daß wir nachher einen Schritt unmöglich gemacht haben sollten, von dem aus man hätte die Dinge besser verwerthen können, als sie so verwerthet worden sind. Ich wünsche von Herzen, daß das Ding gelingen möge, ich will der Regierung, soweit ich vermag, freien Weg machen, so weit zu geben, wie sie auf ihrem Wege kommen kann. Trotz der rückläufigen Bewegung vom Bundesstaate, in der wir uns jetzt befinden, werden wir doch, glaube ich, noch einmal auf dem Punkte anlangen, wo wir sehr wohl das erlangen können und sehr wohl davon Gebrauch machen werden. Haben wir das von unseren Gegnern erlangt, dann tritt der zweite Moment ein, wo wir von unseren sogenannten Verbündeten für die Bildung einer bestimmten Macht, so viel erlangen müssen, als zu erlangen ist. Und das zu erlangen ist der Weg auf den Bundesstaat. Daß die Reichsverfassung einer Revision bedarf, gebe ich zu.

Die Grundlage, welche die Regierung in ihrem Reformvorschlage an den Bund gegeben hat, verlangt aber durchaus dieselbe Revision, die auch die Reichsverfassung hätte erleiden müssen; denn es fehlt darin die Einheit der Armee ebenso wie die Selbstständigkeit der Finanzen, denn nach der Vorlage der Regierung würden wir eine fälschliche, förmliche u. s. Armee erhalten neben der Reichsarmee. Die Hoffnungen, die wir fassen können, sind also gewiß noch sehr gering. — Wir Alle waren, als wir in diese Session eintraten der Meinung, es würde die Militärfrage nur diesem norddeutschen Parlament zugewiesen werden. Jetzt aber hört man in den vertraulichen Unterhaltungen der Mitglieder dieses Hauses von allen Seiten die Frage wieder auftauchen: Wie wird es mit dem Militär-Stat? Die Militärfrage drängt sich so wieder wie eine schwere Wolke uns entgegen, und es ist nicht mehr das norddeutsche Parlament welches damit beznadigt werden soll, sondern wir sollen erst recht wieder eine preussische Armee schaffen und die norddeutsche Armee soll die preussische nicht aufnehmen. Meine Herren, ich beklage dies in jeder Weise; ich beklage dies für uns, ich beklage es für den Gegenstand, den Sie so beschaffen wollen, ich beklage es für das norddeutsche Parlament, das Sie so beschränkt hinstellen und dem Sie damit eine der wichtigsten Arbeiten nehmen, die für die Gestaltung des neuen Staates notwendig sind.

Den Herren, welche die 23 Millionen Preußen immer den 5 Millionen der andern Staaten gegenüberstellen, bemerke ich, daß ja letztere nicht isolirt werden, sondern daß aus allen die Vertreter aller Meinungen hervorgehen werden. Wenn man sagt, es sei unwürdig, eine solche Versammlung mit solcher Kompetenz auszustatten, so bedenke man, daß von Anfang an nur die Rechte von uns an das Parlament abgetreten werden sollen, die es wirklich ausübt; Mächtigkeit wäre allerdings für eine solche Versammlung die größte Gefahr. Festhalten müssen wir, daß dies norddeutsche Parlament nur der Weg zur Verbindung mit Süddeutschland sein soll und daß von den bis jetzt in Händen des Volkes befindlichen Rechten Nichts geopfert werden soll. Deswegen mußten aber Thatsachen von vorn herein anerkannt werden.

Die Versammlung, die wir ebenso von vornherein anerkennen müssen, wird sich ihre Kompetenz selbst bestimmen und wenn sie dies thut, wird sie eben auf dem Boden der gegebenen Thatsachen stehen. Durch das Wort „Ver-einbarung“ würden Sie aber absolut die Vereinigung aussprechen nicht bloß mit der Krone Preußens, sondern auch mit Mecklenburg, Oldenburg u. s. w. Nun halte ich aber die Vereinigung mit einem Faktor für sehr mißlich, mit vielen für unmöglich. Deswegen muß zur Befriedigung der Bedürfnisse in dem neuen Bundesstaat neben der Regierung eine Volksvertretung stehen.

Man mag auf einem absolutistischen, konstitutionellen oder demokratischen Standpunkte stehen, so wird man doch immer und unter allen Umständen etwas zu Stande bringen müssen; und wenn etwas zu Stande gebracht werden soll, so bedarf die Regierung der Zustimmung des Volkes. Will sie das nicht versuchen, so wird sie das Ziel viel weiter zurücksetzen müssen, als sie es schon gethan hat. Dann wird nicht allein keine Brücke nach den mit uns noch nicht verbündeten Staaten hinüber gebaut werden, sondern die Staaten werden in eine noch größere Isolierung getrieben werden, so daß ich befürchte, daß die Rheinbundsverträge, die uns schon so oft entgegengetreten sind, sich realisiren. Damit dieser Gedanke eines Anschlusses an Frankreich nicht eintritt, dafür müssen wir hier sorgen.

Was nun das allgemeine Wahlrecht betrifft, so hat gerade die Aufnahme dieses nur den Beweis geliefert, daß die Regierung sich des großen Momentes wohl bewußt ist, und daß sie daher, wie in jedem großen Momente, an die natürlichen Quellen hat zurückgreifen müssen. Und wenn auch aus der ganzen Sache weiter nichts wird, als die Anerkennung, so werde ich doch sagen, daß diese Gelegenheit nicht ohne Frucht geblieben ist. (Bravo.)

Der Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird mit großer Majorität angenommen. Es erhält das Wort der Abg. Zweiten (als Bericht-Erklärer): Die Angriffe, die das Wahlgesetz in der heutigen Debatte erfahren, waren mehr gegen einen norddeutschen Bund überhaupt gerichtet. Man jagte einmal, wir wählten ja noch gar nichts vom eigentlichen Parlament; ich denke aber, das kann kein Grund sein, um die Sache überhaupt von der Hand zu weisen, um der Regierung überhaupt die Gelassenheit zur Verfassung eines Parlamentes zu verjagen. Es ist vielmehr das Eingehen darauf das beste Mittel, eine, wenn auch vorläufig nur theilweise Einigung Deutschlands herbeizuführen und namentlich dem Volke seine Mitwirkung dabei zu sichern, während im gegenseitigen Falle die Regierung allein das Werk der Neugestaltung in die Hand nehmen würde. Ein zweiter Einwand, den man gemacht, betrifft die Stellung des Parlamentes zu unserer Verfassung und zu der neu zu gründenden deutschen Verfassung. Die Kommission hat allerdings die großen Bedenken nicht verkannt, der eine Volksvertretung ohne bestimmte Rechte unterliegt. Nichts desto weniger hat es die Kommission als unmöglich erkannt, derselben eine andere Stellung als eine beratende zuzuwiesen. Denn die preussische Verfassung kann nur auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden; wir können auf keines unserer Rechte verzichten, ehe wir eine ganz bestimmte Verfassung haben, auf welche wir dieselben übergehen lassen können. Wir können daher das zukünftige Parlament nur als ein beratendes ansehen, dessen Beschlüsse, soweit sie uns angehen, wir selber erst zu prüfen haben. Indem ich aber auf politische Einsicht und richtige Würdigung der Verhältnisse in diesem Parlamente rechne, wird sich naturgemäß auch Alles, Regie-

runge wie Völker der Intelligenz diesen Beschlüssen beugen. — Die meisten Angriffe endlich haben sich gegen die Beschränkung des Bundes auf Nord-Deutschland allein gerichtet, und gegen das Uebergewicht Preußens in demselben. Nun, es wird gerade Sache des Parlamentes sein, dieses Uebergewicht in den nöthigen Schranken zu halten. Eventuell halte ich den Widerspruch des Herrn Abg. Virchow gegen meine Anschauungen für unbegründet. Er sagt, durch die Konstitutionierung des norddeutschen Bundes werde Deutschland zerstückelt werden. Allerdings, wenn wir bisher ein einiges Deutschland gehabt hätten, und das sollte nun auf Norddeutschland allein beschränkt werden, so könnte man von einer Zerstückelung Deutschlands sprechen. Aber der Haupteinwand gegen den bisherigen Bundesrat ist ja immer gewesen, daß er keine Einheit sei, und er vielmehr die Uneinheit Deutschlands repräsentire. Da es zur Zeit nun nicht möglich ist, die Einheit für das Ganze herzustellen, so müssen wir dieselbe vorläufig auf einen kleineren Kreis beschränken.

Es handelt sich demgemäß darum, in Deutschland, welches bisher nur durch die internationalen Bande der Kultur vereinigt war und kein politisches Band besaß, ein solches herzustellen. Und wenn das vorläufig nur mit einem Theile geschieht, kann man dies wohl als einen Verlust Deutschlands bezeichnen? Hat man das 1863 einen Verlust Deutschlands genannt? Ein ähnlicher Vorgang liegt heute vor. Und wenn man also sagt, daß wir jetzt einen Rückschritt gethan hätten, daß wir jetzt hinter dem zurückstünden, was bis jetzt vorhanden war, so halte ich das für eine Ausföhrung, die der Lage der Dinge in keiner Weise entspricht.

Der Antrag auf Vertagung der Spezialdiskussion wird angenommen. Es folgen einige kurze persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Virchow und Stroffer. Schluß der Sitzung um 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 11. September.

Die Annerions-Kommission des Abgeordnetenhauses hielt am Montag von 7 Uhr ab eine Sitzung, um über den von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf, betr. die Einverleibung von Schleswig-Holstein zu beraten. Das Staatsministerium war vertreten durch den Geh. Legationsrath König.

Ref. Abg. Kannegeiser eröffnete die Diskussion mit einer Darlegung des Ganges der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheiten und beantragte schließlich die Annahme des vorgelegten Gesetzentwurfes mit der Modifikation, daß im §. 1. desselben, analog dem angenommenen Gesetze in Betreff Hannover's die Vereinigung auf Grund des Art. 2. der preussischen Verfassung ausgedrückt werde.

Alle Redner, die sich in der darauf folgenden Debatte aussprachen, waren darüber einig, daß für Preußen ein Rechtsmittel auf den Besitz von Schleswig-Holstein aus der Zeit vor dem 30. Oktober 1864 (Wiener Frieden) nicht bestanden habe, und man deshalb auf jene Zeit nicht zurückgehen könne. Reg.-Kommissar König erklärte in Folge dessen, daß die preussische Staatsregierung auch nur aus den Verträgen von Wien und Prag ihre Rechte auf Schleswig-Holstein stütze, und machte darauf aufmerksam, daß im Art. 3. des Wiener Vertrages das Wort „verzichtet“ aufgenommen sei, und nicht „antreten“ in Betreff der Rechte auf Schleswig-Holstein und Lauenburg, weil man damals ein unzweifelhaftes Recht des Königs von Dänemark auf jene Länder habe anerkennen wollen.

Es wurden verschiedene Amendements zu dem Gesetzentwurfe eingebracht, u. a. eines von dem Abg. Virchow, das dahin ging, die Einverleibung Lauenburgs in das Gesetz mit aufzunehmen, und die Bezugnahme auf die Friedensverträge, sowie auf den mit Oldenburg abzuschließenden Vertrag aus dem Entwurfe wegzulassen.

Der Reg.-Kommissar erklärte hierauf, daß die Bestimmung in Betreff Oldenburgs deshalb mit aufgenommen sei, um dadurch anzudeuten, daß das Recht der Landesvertretung in Bezug auf die Mitwirkung bei der Abtretung der betr. Landestheile an Oldenburg nicht ausgeschlossen sei. — In Betreff Lauenburgs äußerte sich der Reg.-Kommissar gar nicht, da er hierüber sich erst noch Informationen einholen wolle.

Abg. v. Bockum-Dolffs beantragte, das vorliegende Gesetz dem bereits angenommenen Gesetz in Betreff Hannover's u. s. ganz konform zu machen.

Die Vertheidiger des Gesetzes hoben theils Nützlichkeit, theils Nothwendigkeitsgründe hervor und betonten dabei hauptsächlich die Berücksichtigung der durch die Thatsachen und Friedensschlüsse veränderten Verhältnisse.

Abg. Graf Schwerin erklärte, daß er sich zwar den Rechtsdeduktionen der Regierung nicht anschließen könne, aber mit Rücksicht auf die vollendeten Thatsachen für das Gesetz mit dem Amendement Virchow stimmen werde.

Für das Gesetz sprachen ferner die Abg. Lette, v. Kirchmann, v. Brauns, Virchow, Graf Schwerin, gegen dasselbe die Abg. Schulze (Berlin), Frenzel, Rhoden.

Abg. Lette führte aus, daß ein eigentlicher Huldigungsseid für den Prinzen von Augustenburg in jenen Ländern nicht geleistet sei, da die betr. Erklärung freiwillig und nicht auf Erfordern des Prinzen erfolgt sei.

Die Abg. Schulze und Frenzel wünschten die Entscheidung über die vorliegende Frage vertagt zu setzen, bis der Bevölkerung, resp. der Landesvertretung jener Länder die Gelegenheit gegeben worden sei, sich darüber zu äußern.

Abg. Rhoden ist überhaupt gegen die Einverleibung, weil Preußen jeder Rechtsmittel fehle. Preußen habe gegen den König von Dänemark, nicht gegen Schleswig-Holstein Krieg geführt; die Präbenten hätten auch noch keinesfalls verzichtet.

Abg. v. Kirchmann hob hervor, daß der König von Dänemark jedenfalls thatsächlicher Besitzer und Souverän der Herzogthümer gewesen sei und daß fast alle europäischen Mächte durch das Londoner Protokoll diese Souveränitätsrechte anerkannt hätten. Preußen sei durch den Wiener und Prager Vertrag in diese Rechte der dänischen Krone vollständig eingetreten, also thatsächlicher Inhaber der Souveränität, was auch bisher noch von keinem deutschen Staate bestritten worden sei. Alle anderen Präbenten, der Prinz von Augustenburg und der Großherzog von Oldenburg seien eben nur Präbenten, deren Vertheidigung dem preussischen Abgeordnetenhaus nicht obliege. Preußen sei deshalb befugt und berechtigt, die Einverleibung schon jetzt auszusprechen.

Abg. v. Brauns schloß sich dieser Deduktion in allen Punkten an. Der Regierungskommissar hatte persönlich gegen das Amendement Virchow nichts einzuwenden, erklärte jedoch, daß er sich eine Erklärung der Staatsregierung hierüber für die nächste Sitzung vorbehalte.

Schluß der Sitzung 10 Uhr, nächste Sitzung Mittwoch.

Der von dem Abg. Dr. Ribelt heute übergebene Protokoll lautet: „In Erwägung, daß nach den Wiener Verträgen (Art. I, II, XIV der Schlussakte vom 9. Juni 1815 und Art. I, III, XXXIII des Vertrages zwischen Rußland und Preußen vom 3. Mai 1815) den von dem Herzogthum Warschau an Preußen gefallenen Landestheile eine staatsrechtlich nationale Sonderstellung gewährleistet wurde, welche bis auf den heutigen Tag zu Recht besteht.“

In Erwägung, daß Westpreußen niemals zum deutschen Reiche und deshalb auch nicht zum deutschen Bunde gehört hat (Artikel I. der deutschen Bundesakte von 8 Juni 1815, — daß demselben auch durch Art. XIV. der Schlussakte und Art. XXVIII. des Vertrages zwischen Rußland und Preußen vom 3. Mai 1815 zur Seite stehen, und laut des nach Einholung der Befehle des Königs vom Fürsten Hardenberg erlassenen Antwortschreibens vom 30. Januar 1815 auf die Note des Lord Castlereagh vom 12. Januar u. s. w., den Polen Westpreußens das Recht zusteht, als „Polen“ behandelt zu werden.)

In fernerer Erwägung, daß durch den von der königlichen Staatsregierung dem Landtage vorgelegten Entwurf eines Wahlgesetzes für den Norddeutschen Bund vom 12. August 1866 (§. 1 des Gesetzes) die unveränderliche Absicht ausgesprochen ist das Großherzogthum Posen und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen — eine Absicht, deren Ausführung im diametralen Gegensatz zu den oben erwähnten Stipulationen stehen würde.

In Erwägung endlich, daß internationale Verträge nicht einseitig aufgehoben werden können, und in Anerkennung dieses Grundgesetzes bereits bei früheren Verträgen einer Gebietserweiterung des deutschen Bundes die Rabinete von England, Frankreich und Rußland einen Protest dagegen erhoben haben (Circulardepeche des Staatskanzlers Graf Nesselrode vom 6. Juli 1848 — Memorandum der französischen Regierung vom 5. März 1851 an sämtliche Mitunterzeichner der Wiener Verträge vom Jahre 1815, die gleichzeitige Note des Lord Cowley an den Bundes-Präsidenten - Gesandten Grafen Thun)

erklären die unterzeichneten Abgeordneten polnischer Nationalität, daß die durch das angeführte Abgelaßene in Aussicht genommene Infraposition des G. v. Posen und Westpreußen in den zu konstituierenden norddeutschen Bund gegen ihren Willen und Willen geschehen würde, und legen hiermit feierlich Protest ein gegen die Kompetenz des Hauses der Abgeordneten durch Beschluß internationaler Verträge einseitig umzusetzen, wie auch gegen jeden politischen Akt, der die Polen der ehemaligen polnischen Landesteile im preussischen Staate zu Deutschen stempeln und die ihnen verbürgte nationale Existenz staatsrechtlich vernichten soll.

Berlin, 11. September 1866.

Dr. Ribelt. v. Bolkowski (Frankfurt). v. Bolkowski (Bul). Kantak. v. Lubinski. v. Lach. v. Taczanowski. Wegner. Dr. Szulczynski. Graf v. Potulicki. v. Waligorski. Dofowski. v. Totarski. v. Wskowski. Maranski. v. Laszewski. v. Chlapowski. Mottu. Pilaski. v. Sulimierski.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 11. September. Nach dem Marschtableau werden mit den Zügen von Breslau morgen hier durch befördert:

- I. 1. Bataillon 7. ostpreussischen Infanterieregiments Nr. 44 2 Uhr 2 M. Morgens,
- II. 2. reitende Batterie 5 Uhr 17 M. Morgens,
- III. Füsilierbataillon 3 ostpreussischen Grenadierregiments Nr. 4 7 Uhr 57 M. Morgens,
- IV. 4. reitende Batterie 9 Uhr 28 M. Vormittags,
- V. 2. Bataillon 7. ostpreussischen Infanterieregiments Nr. 44 12 Uhr 41 Minuten Mittags,
- VI. ostpreussisches Pionierbataillon Nr. 1 3 Uhr 17 M. Nachm.,
- VII. leichter Feldbrückentrain 6 Uhr 47 M. Abends,
- VIII. 1. reitende Batterie mit Abtheilungsstab 10 Uhr 49 M. Nachts.

Heute sind zwei Züge mit Munitionskolonnen (8. und 9.) wegen Mangels an Wagen ausgefallen.

Posen, 12. September. Gestern rückte das Jagdbataillon des nach Posen verlegten 50. Regiments, aus Freistadt in Schlesien auf der Breslauer Chaussee kommend, hier ein. Die Soldaten erhielten, da die Kasernen noch besetzt sind, Privatquartiere. — Vom 10. Regiment besaßen sich gegenwärtig noch die Infanteriesoldaten und die Handwerkerkompanie hier, welche letztere jedoch schon in wenigen Tagen nach Breslau ausrückt.

[Pferdeverkauf.] Für den auf heute anberaumten Verkauf von überzähligen Artillerie- und Reitpferden war eine Anzahl Pferde von den Jagdbatterien und 34 von den aus dem Felde gekommenen gestellt. Die letzteren sehen angegriffen aus und ihr Äußeres ist daher wenig empfehlend, obgleich es bei vielen vielleicht nur einer kurzen Ruhe und guter Pflege bedarf, um sie wieder vollständig herzustellen. Die Beteiligte der Käufer war sehr rege, die gebotenen Preise mitunter ziemlich hoch; so wurde ein Grauschimmel (Wallach) mit 130 Thlr. bezahlt, während freilich auch ein anderes Pferd mit 12 1/2 Thaler fortging.

— Kommandant Carl Walder, Präsident des Polen-Komite's in Zürich, erklärt die Mittheilungen des „Dien. warz.“ über die Bildung einer polnischen Legion in der Schweiz, über den Bundesrath, den Grafen Plater, Waffenankaufe etc. für durchaus unwahr. Daß die verschiedenen Unterstützungs-Vereine in der schweizerischen Emigration sich endlich vereinigt haben, erfahren wir aus einem von Lach und Giller d. d. Zürich, 18. August, erlassenen Schreiben; von den Schweizern genießt die Emigration keine Unterstützung.

— Ueber den Dampfer „Warta“ giebt Herr Dr. Cegielski im „Dz. p.“ eine Reihe von Notizen, aus denen wir nur herausheben, daß der Ingenieur Ossowski nicht, wie wir irrthümlich angeführt hatten, in der Cegielskischen Fabrik beschäftigt war; letztere stand zu dessen Unternehmen in keiner anderen Beziehung, als der, daß sie die Bestellung einer vierpferdigen Dampfmaschine für die „Warta“ ausführte. Diese Maschine wurde, da noch keine Gewähr für die Bewährung der Ossowskischen Zbre gegeben war, so eingerichtet, daß sie eventuell auch anderen Zwecken dienen konnte. Sie ist denn auch, als sie sich zu schwach erwies, nachdem sie das Fahrzeug nach Stettin geschafft hatte, von der Cegielskischen Fabrik zum vollen Verkaufspreise zurückgenommen worden. Das Fahrzeug machte übrigens seine letzte Probefahrt mit Schaufelrädern, so daß die Ossowskische Maschinerie, welche jene durch eine Art von Fängen resp. Rudern erzeugen wollte, als ausgegeben zu betrachten ist. Herr Dr. Cegielski spricht, in der Uebersetzung, daß jedes neue Unternehmen Muth und Opfer erfordere, am Schluß seiner Bemerkungen die wohlbegründete Hoffnung aus, daß diese Opfer nicht umsonst gebracht sein werden, da das Projekt der Unternehmer einmal Boden gewonnen habe, und, wenn auch in einer von der ursprünglichen abweichenden Weise, sich sicher Bahn brechen werde, nachdem erwiesen sei, daß flachgebaute Dampfboote zu den meisten Zeiten des Jahres die Warthe sehr wohl befahren können.

— [Cholera.] Am 10./11. September c. erkrankten im Civil 3, starb 1. Bestand am 11. September c. im Stadtlazareth 14, im Militärlazareth 11.

— Die Rosen in den Gärten des Herrn Krause, auf die wir im Frühling Gelegenheit nahmen aufmerksam zu machen, stehen noch immer, obwohl der Rosenmonat längst hinter uns liegt, in lieblichem Flor, wenn ihnen auch das Wetter jetzt anhaltend ungünstig ist. Der Besucher des Gartens wird überrascht, wenn er Rosenbäume findet, die noch oder schon wieder in prachtvoller Blüthe stehen, andere dagegen voller Knospen sieht. Es zugt dies von einer sehr sorgfältigen und geschickten Pflege. An Größe und Pracht der Farbe dürften diese Rosen selten übertroffen werden. Unter den bis zum Eintritt des Frostes dauernden Rosen nennen wir nur die Arten: La reine mit einer herrlichen rosa Farbe, die farminrothe Général Jacqueminot, Aimée Vibert, Maria Thyerry, die dunkelbraun-violette Mourillo, Gloire de Dijon, chamois, mit einem feinen Theeerguch, die rosche Laurent Gescourt, Souvenir de Malmeison, eine feine weiße Farbe mit Fleischfarbe behaftet, und die weiße Bosanquet-Bourbon.

[Blumenzwiebeln.] Welches Ergözen uns im Winter eine blühende Hyacinthe, Tulpe, Crocus etc. verschafft, weiß jeder Blumenfreund, und da die selbstgezeugenen Blumen stets die meiste Freude bereiten, so unterlassen es Blumenliebhaber selten, sich Blumenzwiebeln im Herbst einzupflanzen; nur beginnen sie damit in der Regel zu spät, nämlich Ende Oktober oder gar erst Anfangs November, während es schon jetzt, soll eine schöne, nicht zu spät blühende Blume erzielt werden, hohe Zeit ist, die Zwiebeln zu stecken. Geschieht das schon im September, so hat die Zwiebel Zeit zu treiben und sich voll zu entwickeln, und ist es nicht notwendig, durch künstliche Mittel eine kümmerliche Blume hervorzuheben. Eine Auswahl von seltener Größe und Schönheit bietet der Kunst- und Handelsgärtner Herr Krause (St. Adalbert Nr. 38/40) dem Publikum zum Verkauf dar. Herr Krause hat diese prächtige Sammlung von Blumenzwiebeln theils aus Berlin, theils aus Holland bezogen, theils enthält die Sammlung seine eigene Ernte. Die vorzüglichsten unter

famäntlichen Zwiebeln sind entschieden die holländischen, die selbst die Berliner bei weitem übertreffen. Die Hyacinthenzwiebeln sind im Preise von 2 1/2 Sgr. bis zu 6 Sgr. 6 Pf., die Tulpen von 6 Pf. bis zu 2 Sgr. die Crocus von 4 Pf. bis zu 1 1/2 Sgr. pro Stück vorhanden. Die meisten Sorten sind zum Treiben besonders geeignet; am empfehlenswerthe sind unter den Hyacinthen die Sorten: Bouquet tendre, niederländischer Ruhm (beide doppelt roth), Lord Wellington (doppelt blau), Anna Marie (doppelt weiß), Gellert L'ami du coeur (beide einfach roth), Baron von Tapl (einf. blau), Grand Vainqueur, Madame Talleyrand (beide einfach weiß); unter den Tulpen: Duc de Thol, scharlach, und die gefüllte Tournesol.

† Adelnauer Kreis, 10. September. [Feuer; Unwetter; Gesundheitszustand; Kreissynode; Ermahnung.] Zum letzten Jahrmarkt, den 6. d. M., in Raschdorf begab sich der Wirth St. mit seiner Ehefrau aus G. unferes Kreises, und ließ seine drei (5, 3 und 1 Jahr alten) Kinder unbewacht und ohne hinreichende Nahrung in der Behausung. Der älteste dieser Kleinen, ein Knabe, welcher überdies im Vorjahre im Schuppen liegendes Stroh angebrannt hatte, suchte und fand das freiumherliegende Bindmaterial (Streichhölzchen), und zündete das an der Scheune aufgestapelte Stroh an, vermittelnd um seinen Hunger durch Bratstoffeln zu stillen. Bald stand die volle Scheune in heller Flamme. Die arglosen Kleinen wollten nun das Schauspiel auch in der Scheune mit ansehen und waren eben im Begriff, durch das geöffnete Thor sich in dieselbe zu begeben, als noch im letzten Moment der Ortschullehrer herbeieilend, sie aus der sicheren Todesgefahr rettete. Es gelang dem Lehrer und anderen inzwischen herbeigeeilten Personen nur nach großer Mühe, das Feuer von den andern sehr nahen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden fern zu halten. Der spät heimkehrende Bauer fand sich in die drückendste Noth versetzt. — Am Donnerstag hat Abends entlud sich trotz kühler Temperatur der Luft ein furchtbares Gewitter unter Regenguss und Hagelschauer, das mehrere Stunden währte. Der Hagel hat namentlich Hirse und Buchweizen bedeutend beschädigt. — Der Gesundheitszustand in unserem Kreise ist, Gott Lob, noch wie früher, der beste und dürfte die verfrühte Befürchtung des * Korrespondenten des „Dien. warz.“, (Aus dem Schlesier Kreise Nr. 200), daß die Cholera in Ostrowo grassire und sich nun nach Pleschen wälze, die Gemüther unnötiger Weise aufgeregt haben. — Am nächsten Donnerstag findet in der evangelischen Kirche zu Ostrowo eine Kreissynode statt, bei welcher Befehl Gründung eines Waiseninstituts für den Kreis eine Kollekte veranstaltet werden wird. Die Waisen des Kreises wurden bisher in der Anstalt zu Pleschen untergebracht, doch die große Anzahl der elternlosen Hülfbedürftigen erfordert nunmehr eine eigene Anstalt, deren Verwirklichung in dankenswerther Weise unser Episcopus sich unterzieht.

In Nr. 200 Ihres geschätzten Blattes berichtete ich von dem Schützenfest zu Ostrowo, daß ein Postbeamter aus G. den Zieler aus Unvorsichtigkeit durch den linken Oberarm getroffen habe. Ich muß nun hinzufügen, daß der Herr Postexpediteur es nicht einmal für nöthig fand, nach dem Befinden des Verwundeten Nachfrage zu halten, geschweige denn eine pflichtschuldige Unterstützung zu gewähren, noch das Erinnerungsschreiben des Schützenverbandes anzunehmen. Ist denn das menschliche Herz gar so verstockt? Vielleicht erweckt diese Erinnerung das Pflichtgefühl des Herrn St., um die profanistischen Zeitungsverfälschungen zu vermeiden.

B e r m i s c h t e s .

* Es wurde auf der Werste von Helsingfors ein unterseeische Laterne neuer Konstruktion probirt, und war der Ausfall sehr befriedigend. Man hielt die Laterne, welche aus einer transportablen Dellemppe in einer Kupferlaterne mit drei starken Glascheiben besteht, ungefähr während einer Stunde eine Klafter tief unter Wasser, wobei dieselbe einen verhältnißmäßig starken Lichtschein verbreitete. Die Laterne ist an einer langen Kautschuchschlange befestigt, durch welche mit Hilfe einer Luftpumpe frische Luft hineingepumpt wird. Die Erfindung ist für alle Nachforschungen am Meeresboden von großer Wichtigkeit, namentlich in Schiffstrandungsfällen.

* Die „Essener Bzg.“ schreibt: Auf der Zeche „Prosper“ in Gerschede, Bürgermeisterei Borsbeck, ereignete sich am 7. Septbr. Morgens gegen 6 Uhr ein erschütternder Unglücksfall. Während der Einfahrt von 14 Bergleuten riß das Seil und da der Fangapparat sich nicht bewährte, stürzten sämtliche daran einfahrende 14 Bergleute aus einer Höhe von 800 Fuß in die neun Fuß Wasser haltenden Sumpfs des Schachts, woraus sie als Leichen heraufgeholt werden mußten. Unter den Verunglückten befinden sich viele Familienväter. Einer derselben hat acht Kinder hinterlassen.

Gewinn-Liste

der III. Klasse 134. königl. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 45 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute angefangenen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

1 28 79 98 106 44 249 90 334 410 501 635 37 44 86 89
766 68 837 924 39 53. 1029 33 158 232 47 70 323 41 50
401 11 25 (100) 41 61 (50) 67 500 17 653 54 (50) 62 66 702 85
92. 2017 63 75 93 107 15 53 241 333 59 416 27 37 534 663 71
702 62 76 98 99 963. 3016 (50) 35 92 111 19 30 50 64 (50) 70
309 (50) 52 99 466 (50) 500 16 25 43 649 58 793 843 75 912
96. 4123 (100) 56 205 57 60 365 448 55 501 9 (60) 22 86 605
96 727 33 (1000) 92 (80) 830 90 901 21 27 51 70. 5032 51 (60)
62 80 119 79 250 313 542 643 701 95 810 978. 6058 83 114
32 37 253 86 98 392 476 528 61 604 940 57 78. 7031 140
261 77 82 95 373 87 97 416 60 74 505 52 625 99 728 40 55
804 909. 8101 19 71 221 30 76 87 (50) 460 62 563 631 43 756
811 54 905 11 29 46 64. 9017 21 29 (60) 73 130 43 52 66 (50) 221
96 347 71 75 424 84 635 41 44 742 827 943 52 78.
10,015 151 59 (50) 211 20 35 79 96 301 30 31 416 83 95
612 29 91 727 45 53 55 65. 828 31 922 (50) 39 68 84 98. 11,004
7 21 (100) 67 105 6 25 260 318 32 74 428 30 40 575 626
87 765 891 917. 12,127 37 307 82 476 87 542 650 (50) 763
945 46. 13,117 19 71 74 221 28 65 97 311 35 487 97 507 47 48
660 73 722 40 69 956 69 70 76. 14,017 25 27 203 39 63 79 301
71 407 16 546 620 69 88 756 830 (50) 36 62 99 901 34 98 (50)
15,040 79 106 16 98 226 43 331 67 84 400 23 38 70 81 (50) 99
606 13 711 65 (50) 903 22 46. 16,030 102 12 34 41 299 301 36
422 58 519 26 609 42 43 704 884 913 27 34 47 (50) 88. 17,095
217 24 44 74 90 308 34 50 96 412 27 43 85 555 62 73 83 602 31
66 93 776 804 92 951 (60) 60. 18,091 122 69 (80) 80 83 (50) 288
326 79 87 450 58 582 647 (50) 85 93 849 917. 19,018 60 62 65
82 95 97 100 221 68 70 99 330 68 87 (50) 439 41 (50) 88 (50)
600 70 99 743 60 82 830 78 924.
20,144 87 227 41 65 92 389 519 70 621 32 60 70 739 83 95
835 36 986. 21,031 119 55 206 399 461 524 74 699 710
840 56 (60) 87 98. 22,130 42 70 208 48 (100) 83 455 522 611 16 17
769 913 (5000) 41 (50) 70 (50) 96 98. 23,143 203 20 373 416 61
515 602 24 35 57 67 727 820 66. 24,108 38 76 235 54 300 60
423 34 54 92 539 61 612 754 (60) 97 813 67. 25,045 85 145
59 78 79 97 227 52 91 360 63 66 534 640 726 53 73 77 852
57 91 93 (50). 26,094 120 245 70 (100) 85 314 437 563 72
650 72 87 832 63 929 31. 27,013 44 77 85 122 39 45 70 77 78
244 97 308 17 70 442 83 84 525 50 688 94 724 33 800 46 (50)
74 98 906 15 17 (50). 28,163 95 310 406 51 (50) 520 56 77 (80)
618 37 50 716 28 (600) 64 807 65 920 40 42. 29,016 25 (50) 42
83 127 221 304 23 44 47 53 71 403 43 520 46 90 (60) 640 80
90 766 807 13 54 94.
30,018 35 50 135 77 213 361 482 84 97 514 74 84 717 21
834 39 65 905 16. 31,007 3 66 (50) 75 91 95 177 209 321 48
412 73 501 22 63 662 745 816 22 84 933 54 69. 32,039 43 (50)
49 173 227 63 73 88 90 357 65 407 91 671 730 815 26 31 69

936 88 33,066 147 50 205 30 54 (60) 57 71 336 447 76 510 62
601 733 61 75 823 61 918 52 83 (60) 97. 34,102 8 25 84 91 249
364 68 87 432 521 29 52 614 70 736 81 (60) 842 47 943. 35,057
246 384 96 434 45 86 (80) 515 (50) 73 626 44 759 952 92 93.
36,113 68 244 331 593 601 61 861 922. 37,019 34 50 (50) 95
102 (50) 13 57 90 227 71 74 99 896 475 79 532 613 704 856
63 78 81 993. 38,003 10 (60) 211 23 72 305 60 63 73 434 45 86
503 19 71 (80) 601 742 70 811 928 (80) 96 97. 39,038 62 115
68 209 36 86 328 42 433 54 60 64 566 81 661 (50) 72 707 86
819 46 54 902 13 23.
40,101 87 97 284 87 339 45 (50) 53 405 13 58 569 664 721
83 800 58 89 927 49 88 94. 41,015 53 56 205 30 84 300 768
626 42 70 776 891 (60) 903 35 74 92. 42,044 50 85 215 74 328
61 85 95 442 (80) 48 50 63 75 95 564 76 79 601 19 37 40 58 702
(80) 42 72 89 936. 43,002 80 82 181 219 91 320 31 487 502
55 68 641 701 16 90 95 833 55 (50) 68 905 51 61 (300) 65 75.
44,211 23 34 300 80 88 (60) 411 60 (60) 81 519 664 714 54 64
81 85 805 23 45 914 21 46. 45,004 170 (50) 89 239 (50) 97 331
91 429 56 518 (60) 30 49 641 53 71 (2000) 753 57 77 820 43
(50) 940 79. 46,041 142 82 230 33 45 73 331 93 436 63 576
603 69 734 42 96 908 25 58. 47,005 46 59 66 90 103 (50) 37 (50)
227 60 77 81 93 384 433 42 49 (60) 506 47 49 648 84 92 98
768 881 98 (50) 972 81. 48,398 484 503 629 76 742 79 90
813 904 26 (60) 33 45. 49,021 32 96 317 408 34 70 520 44 (50)
90 612 (50) 701 (50) 814 (60) 67.
50,008 45 61 (50) 146 77 213 63 395 426 66 89 506 75 626
768 85 856 67 71 98 925 85 (50) 89. 51,019 91 148 (80) 58 63
(50) 81 226 68 334 43 74 95 469 74 78 540 83 605 725 50 63
851 90 94 901 21 35 72. 52,038 76 (50) 136 (100) 85 257 302 28
428 528 85 94 626 88 732 53 93 889 919 57 65. 53,077 (60) 89
111 208 10 53 56 95 343 62 96 456 (50) 69 519 (1000) 30 61 687
96 773 945 (50) 54 68 78. 54,031 35 54 170 81 219 (50) 57 64
302 46 478 509 12 23 82 656 710 17 42 71 823 41 923 27 76
89. 55,004 13 40 87 112 76 224 322 95 420 62 540 43 80 92
653 794 807. 56,042 59 156 86 206 50 359 470 560 635 705 28
835 924 52 68 83 89. 57,042 86 90 96 270 97 98 360 415 54 74
85 500 (100) 511 23 (50) 602 61 705 35 903 7 76 90 95. 58,018
41 67 77 88 97 111 (50) 26 41 77 78 266 70 301 22 37 (50) 42
51 53 58 570 78 82 685 777 884. 59,054 71 221 47 70 84 96
99 314 62 69 (60) 430 36 605 26 92 728 75 853 951 88.
60,019 121 60 333 456 83 680 751 59 84 828 (300) 78 948
51. 61,003 68 95 133 358 98 402 92 527 608 26 56 715 23 59
810 65 903 11 16 35 42 44 50. 62,086 87 192 246 (50) 83 352
422 24 502 53 68 647 79 814 900 2 6 43 56 93. 63,000 18 49 62
169 99 230 (50) 319 30 78 432 (50) 39 514 66 69 626 745 51
806 991. 64,007 (50) 17 43 103 39 65 204 62 (50) 369 87 430
45 49 54 77 78 (50) 588 (80) 627 72 98 714 41 53 65 83 99 821
79 926. 65,001 75 154 61 68 72 84 245 353 56 73 400 57 62
72 654 72 (50) 711 857 99. 66,086 121 39 268 343 602 44
733 (50) 77 814 (60) 53 76 96 937 42 (100) 93 (50). 67,016 54 122
65 6: 87 244 80 85 341 599 633 79 80 779 (50) 826 (80) 95
906 27 43 68 90 68,003 20 36 52 87 103 46 227 28 94 (60) 364
(60) 533 752 65 67 (50) 81 831 925. 69,035 122 203 11 12 71
400 (50) 58 502 632 (50) 81 (50) 84 (60) 707 (50) 41 55 56 67 78
84 858 83 908 49 53 92.
70,118 222 26 84 334 39 504 67 73 647 84 813 907. 71,003
54 76 (50) 90 115 99 222 45 326 34 404 25 27 53 79 85 (100)
507 6 7 93 716 819 67 81 90. 72,030 37 82 132 34 45 63 481
502 42 611 33 717 66 834 58 59 66 75 87 914 61 70. 73,070 90
125 31 62 209 317 24 81 489 509 75 687 759 822 919 48.
74,067 107 66 70 86 99 202 (50) 416 82 87 509 21 31 85 90 683
84 700 846 927. 75,016 37 148 59 70 94 250 37 90 314 481
519 25 48 49 63) 33 35 62 93 709 11 35 920. 76,079 99 128 46
2:0 85 351 66 (6) 9: 452 65 77 510 38 67 697 741 80 813 22
906 37. 77,024 222 373 430 62 534 82 631 67 95 (80) 771 837
74 950 64 (60) 82. 78,001 123 57 89 245 98 418 23 60 515 69 81
639 93 780 816 70 97 924. 79,033 54 56 113 238 95 385 (60)
483 98 546 623 794 98 854 76 991.
80,010 89 109 (60) 79 211 (15,000) 18 52 71 87 (60) 414 67
502 646 70 758 866 911 22 80. 81,061 84 109 14 28 393 565
657 709 38 54 813 (60) 30 966 69 82. 82,059 63 106 (60) 8 58
207 42 63 65 75 333 44 70 411 549 84 95 671 98 701 7 94 817
38 904 52. 83,012 17 50 87 106 31 40 47 305 26 33 92 489 505
38 49 614 48 61 (50) 63 69 74 712 44 67 807 907 49. 84,106 14
(50) 50 55 263 304 476 93 (50) 509 655 734 56 867 912
15 38 80. 85,042 95 249 308 22 51 91 412 15 (50) 33 (60) 47 63
81 83 512 77 632 43 703 41 (50) 43 806 52 64 900 22 33 (50) 60
86,150 54 74 220 31 (50) 49 51 (50) 481 92 543 59 603 24 50 64
747 63 900 11 28 56 74. 87,091 100 15 39 51 76 81 90 (60) 94
256 66 74 311 59 73 413 511 47 85 629 (80) 715 59 (50) 864
(100). 88,035 55 92 135 49 (60) 64 78 97 203 (60) 8 23 43 417 45
(50) 44 76 79 501 7 17 640 709 (50) 81 870 (50) 905 14 (60) 86.
89,095 (50) 132 51 88 229 95 (50) 96 300 17 (100) 408 18 29 35
(2000) 59 547 63 81 613 816 60 69 947.
90,028 57 83 109 335 450 98 541 48 605 (50) 25 728 36
866 902 44 99. 91,082 (50) 107 64 219 (60) 47 352 61 62 427
75 529 709 23 848 917 27. 92,115 (100) 16 73 81 263 862 431
67 70 82 549 665 749 90 941 48. 93,062 89 178 210 12 27
357 (50) 413 18 511 26 606 11 35 80 83 84 96 740 53 357 (60)
65 88 (100) 904 21 33 40 44. 94,230 42 57 304 21 34 458 93
503 (50) 30 97 638 50 73 92 713 (60) 61 94 813 25 952.

Angelommene Fremde.

Vom 12. September.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Grone aus Oldendorf, Auf aus Glogau, Kiegel aus Stuttgart, Cohn aus Berlin und Red aus Borsheim, Baumeister Laß und Oberst v. Kräwel aus Berlin, Oberst

